

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Berantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötestraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insetionsgeschäft pro schätzungsweise Kolonialzeit:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinteresse finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von
575000
EXEMPLAREN

erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Nach dem Beispiel der Elektrizitätsunternehmungen suchen auch Maschinenfabriken durch Finanzierung von Unternehmungen, die als Abnehmer ihrer Fabrikate in Frage kommen, ihren Absatz zu erweitern und zu sichern. Derartige Geschäftsgegenheiten zeigen nicht nur reiche eigene Mittel, sondern die Verfügung über umfangreiche Kredite voraus, denn die Finanzierung erfordert mindestens eine sehr lange Stundung der Kosten für die gemachten Lieferungen. Das Magnis für die Lieferanten bleibt demnach lange bestehen, wenn nicht, wie bei den Elektrizitätsunternehmungen die so gegründeten Unternehmungen die Form von Aktiengesellschaften erhalten, deren Werte dann durch weitreichende Finanzbindungen in den Verkehr gebracht werden, um die Kredite schnell wieder "flüssig" zu machen. Mancher Ansatz, nach dem System der Elektrizitätsunternehmungen Bestellungen heranzuschaffen, führt bei unzureichenden Kräften des gründenden Lieferanten zu schweren Behinderungen. Nichtdestoweniger haben verschiedene Gesellschaften diesen Weg mit Erfolg beschritten. Doch sie stossen dabei auf Schwierigkeiten, an die sie früher gewiss nicht gedacht haben, nämlich auf den organisierten Widerstand ihrer anderen Kunden, die sich gegen Neugründungen, also neuen Wettbewerb, mit rücksichtsloser Kraft zur Wehr sehen. Erst kürzlich wurde bekannt, daß das internationale Spiegelglas-Syndikat den Rohstoff bei dem Bezug zu der Reparatur von Maschinen durch seine Mitglieder in Aussicht. Anlaß zu diesem Vorgehen gab die Gründung einer Spiegelglasfakultät, die sogar zum Eintritt in das Spiegelglas-Syndikat bereit war, aber ausgesetzt blieb, weil als Grundlage einer Einigung mit dem Syndikat die Stilllegung des neuen Betriebes gefordert wurde. Daß es sich bei dieser Forderung längst nicht mehr um Einzelhändler handelt, ergibt das Vorgehen der Zement-Syndikate. Von den Zement-Syndikaten ist in früheren Jahren die Gründung von neuen Betriebswerken oft durch Zahlung von Abfindungen unterdrückt worden, diese kostspielige Art, sich neuen Wettbewerb vom Halse zu schaffen, soll offenbar jetzt aufgegeben werden, nachdem die Vereinigung in der Zementindustrie durch neue Verträge festgestellt wurde. Demnächst soll eine Konferenz von Vertretern der Zement-Syndikate stattfinden, um Stellung gegen die Maschinenfabriken zu nehmen, die neue Einrichtungen für Zementfabriken liefern und sich durch Einsparung langer Lieferwege weitgehend von Zuliefererabnahmen an Neugründungen in der Zementindustrie beteiligen. Es soll durch Fragebogen festgestellt werden, wieviel jede einzelne Fabrik im Falle an Reserve- und Ersatzteilen für ihre Maschinen braucht, um diese Mengen von den Fabriken zu beziehen, die sich von derartigen Neugründungen in der Zementindustrie fernhalten. Wenn das nicht möglich ist, sollen die Fabriken, die sich nicht darauf einlassen, hochkalkiert und eventuell eigene Maschinenfabriken, die auch gleichzeitig als Versuchsanstalten für neue Maschinen und zum Ausprobieren von neuen Proben und vergleichenden Mustern dienen sollen, errichtet werden. Auf diesem Wege glaubt man eine allmähliche Erfahrung der Zementindustrie herbeizuführen.

Ahnliche Vorschläge sind schon vor längerer Zeit aus den Kreisen der großen Schiffahrtsgesellschaften zu bestimmen für die Schiffbauindustrie gemacht worden. Da Schiffahrtsgesellschaften bereits dazu übergingen, bei Schiffsbefestigungen statt vorheriger Preisvereinbarungen den Selbstkostenpreis der Werft zugleich eines Aufschlages von 10 Prozent zu zahlen, kann bei Fortsetzung dieses Verfahrens das Ziel einer völligen Beherrschung der Schiffbauindustrie durch das Schiffahrtscapital ohne merkliche Umwandlung erreicht werden. Von einem ernsthaften Selbstbestimmungsrecht des einzelnen Betriebes kann auf den meisten Wirtschaftsbereichen keine Rede mehr sein, die Unternehmervereinigungen schließen die Handlungsfreiheit ihrer Mitglieder untereinander aus, dann kommt der Befehl der vereinigten Lieferanten. Wo die Abnehmer geschlossener als die Produzenten organisiert sind, tritt auch noch der bestimmende Einfluß des Abnehmerwillens hinzu. Terroristus stand an der Wiege aller dieser Unternehmervereinigungen, die ebenso bei ihren Auseinandersetzungen sich nicht scheuen, gewalttame Mittel anzuwenden. Die Regierungen, die jedes Schwergewicht eines freiliegenden Arbeiters gegen Streikbrecher, oder wie man jetzt sagen muß, Rothelfer, als Beweis von Gewalt fangsäßig aufschreiben lassen, nehmen von den Ersatzmitteln des Kapitals, die sich nicht nur gegen Angestellte und Arbeiter, sondern ebenso gegen Abnehmer und Lieferanten richten, nicht den geringsten Wert. Nach den Versuchen, das Verbot des Streikostenverbotes in irgend einer Form durchzuführen, dürfte es angebracht sein, auch die Gewaltmittel des Kapitals gegen Unternehmen in den Parlementen eingehender zur Sprache zu bringen, damit die wirklichen Schreckensmänner und ihre Helferherren gestellt werden.

Um ihren Klagen gegen das Roholzen-Syndikat gehört zu verschaffen, haben die Eisenbahner, die nicht mit Hochspannern verbunden sind, sich zu einer Vereinigung, die den Namen Eisenbahn-Verband nimmt, zusammengetan. Bezeichneten

sich die Syndikatschefschaft, ist es, daß sie auch bei ungünstiger Verfassung des Roholzenmarktes ihrer Willkür keine Grenzen auferlegt. Die Roholzenvorräte, die Ende 1912 247 000 Tonnen und Ende November 1913 507 000 Tonnen betrugen, stellten sich Ende Dezember 1913 auf 613 000 Tonnen. Aber die Verschlechterung hat wesentlich mehr zugunsten, als aus diesen Zahlen zu schließen ist. Der Aufschwung des Roholzen-Syndikats, der bereits im Dezember auf 77,98 Prozent der Beteiligung gesunken war, ist im Januar weiter bedeutend zurückgegangen. Der Aufschwung bestand für das erste Halbjahr 1914 betrug nach einer Meldung der Rheinisch-Westfälischen Zeitung am 23. Januar kaum 25 Prozent der Beteiligung. Die Roholzenabnehmer haben nach alte Mengen rückständig und halten infolgedessen mit neuen Kaufen sehr zurück, auch da sie schließlich doch noch billigere Preise erwarten. Am stärksten betroffen von der ungünstigen Lage des Roholzenmarktes werden die Siegerländer Hüttenwerke, deren Erzeugung, wie dem Blatte aus Stegen gemeldet wird, bis auf die Hälfte ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt ist. Obgleich auf allen Hütten der Betrieb ausnahmslos eingeschränkt und nur mit einem Hochofen aufrechterhalten wird, füllen die Roholzenvorräte schon die Hüttenplätze. Es besteht die Besorgung, daß die Stilllegung bei den schwächeren Hütten im Siegerlande noch weitere Fortschritte macht, und schließlich nur noch die Hochöfen der gemischten Werke, die ihre Roholzenprodukte selbst verarbeiten, im Betriebe bleiben. Die reinen Hochöfen scheinen von der schlechten Geschäftslage hinweggesetzt zu werden. Auch die Siegerländer Erzgruben gelangen durch die Stilllegung der Hüttenwerke in eine mühlische Lage. Die bestehenden Lieferungsverträge auf Eisenstein werden vernichtet und der Bedarf der Siegerländer Hütten an Rohspat wird derart beschränkt, daß die Eisensteinvereinigung auswärts Aufträge zur Rohspatlieferung sucht und ihre Rohspaterzeugung stark einschränken muß. Auch diese Darstellung beweist, daß die ungemein starke Entwicklung der Roholzenproduktion keine allgemein gültigen Schlüsse auf die Geschäftslage zuläßt, nicht einmal die Voge der reinen Hochofenwerke ist aus den Bahnangaben über die Erzeugung zu beurteilen.

Ein Bericht des Vereins deutscher Werkzeugmaschinenfabriken bestätigt die Entwicklung der schwächeren Geschäftslage auch auf den Werkzeugmaschinenbau. „Die Geschäftslage“ führt er unter anderem aus, „ist zwar zum guten Teil noch genügend, zum Teil jedoch bereits unzureichend. Die letztere gilt nominell von der Herstellung mittlerer und kleinerer Maschinen zu allgemeinen Gebrauchsbedürfnissen, da der Bedarf an solchen auf Grund der allgemeinen Geschäftslage sich stark verringert hat. Es mußte deshalb in verschiedenen Betrieben auch schon Verkürzung der Arbeitszeit erfolgen. Im Groß- und Spezialmaschinenbau liegen die Verhältnisse zurzeit noch günstiger, zum Teil wegen der für diese Arten von Maschinen erforderlichen längeren Herstellungszeit. Jedoch sind manche Spezialmaschinen anfangende Fabriken, die sonst erst nach Monaten liefern können, jetzt in der Lage, kurzfristige Aufträge auszuführen und Säcke von Maschinen auf Vorort herzustellen. Für den Groß- und Spezialmaschinenbau kommt als wesentlich der Umfang in Betracht, daß die durch den allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre veranlaßten umfassenden Um- und Erweiterungsbauten der großen Werke und außergewöhnlichen Auslastungen der Eisenbahnen nunmehr in der Hauptfahrt abgeschlossen sind. Dergleichen ist der Bedarf an Maschinen für die Waffen und Geschosse liefernden Werke, der bis vor kurzem recht unscheinbar war, inzwischen im wesentlichen gedeckt. Das Ausfuhrgeschäft hat ebenfalls unter den allgemeinen gesetzlichen Zurückhaltung zu leiden; stärkere Nachfrage bestätigt derzeit jedoch Außenland infolge von größerer industrieller Unternehmungstätigkeit derselbst. Allgemein ist der Auftragsbestand bei den deutschen Werkzeugmaschinenfabriken merklich zurückgegangen, doch hat im Januar wieder eine etwas regere Nachfrage eingesetzt.“ Erweiterungsbauten, bemerkt zum Schluß der Bericht, kommen zwar bisher vom deutschen Werkzeugmaschinenbau im großen Ganzen verdeckt werden, doch wird das zukünftig nicht möglich sein, wenn in den nächsten Monaten, wo die vorliegenden Aufträge im wesentlichen erledigt sein werden, nicht genügend neue eingehen. Nach alter Gewohnheit wiederholt der Verein deutscher Werkzeugmaschinenfabriken die falsche Behauptung, daß „die stets steigenden sozialen Lasten“ in fortschreitendem Maße das Ausfuhrgeschäft bestimmen. Gerade die Werkzeugmaschinenfabrikation hat in den letzten Jahren einen glänzenden Aufschwung genommen, sie konnte besonders auch ihren Ausfuhrabsatz vorzüglich entwickeln. Wie sinnlos die Vorstellung von der Erhöhung der Ausfuhr durch sozialpolitische Auswendungen ist, ergibt sich für den Werkzeugmaschinenbau daraus, daß die Wettbewerbsländer unbestritten viel höhere Arbeitslöhne zu zahlen haben.

Über die Lage der Edelmetallindustrie im Jahre 1913 liegt ein Bericht vor, der in der Gesamtübersicht der Hanauer Handelskammer erstattet worden ist. Danach ist die feine Bijouteriesfabrikation mit Ausnahme der Sommermonate ziemlich voll und zeitweilig stark beschäftigt gewesen; aber größere Zurückhaltung der Kundlichkeit als sonst und schwankende Zahlungsweise machten sich bemerkbar. Die Goldschmiedefabriken mussten infolge Mangels an Aufträgen vielfach mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten und konnten den Umsatz des Vorjahrs nicht erreichen. Die Silberwarenfabrikation liegt, mit wenigen Ausnahmen, gleichfalls über einer Verschlechterung ihres Geschäfts, wobei Rückgang im Absatz als auch Preishand. Der Großhandel mit Schmuckwaren (Reiten) litt im Inlande unter Zurückhaltung der Käufer infolge Geldknappheit, im Auslande zum Teil unter den kriegerischen Verhältnissen. Teurer Goldhand und politische Unsicherheit haben auch den Geschäftsgang im Inlande ungünstig beeinflußt; dazu kam die Zolländerung im den Vereinigten Staaten, die zu einer starken Absatzrückung mit ent-

sprechender Rückwirkung auf die Diamantenschleiferei führte. Das Plattingeschäft war etwas weniger lebhaft als selbiger, da einzelne platinverbrauchende Industriegüter mit diesem teuren Material sehr vorsam umgehen und zum Teil sich mit Erfolgsmitteln zu beschaffen suchen, wie zum Beispiel die Glühlampenfabrikation. Der Preisstand blieb im ganzen fest.

Die Edelmetallindustrie im Jahre 1913 weist einen starken Einführungsschub auf. Es betrug die Einführung an Edelmetallen (Gold und Silber) im Jahre 1913 491,4 Millionen Mark gegen 325,7 Millionen Mark im Vorjahr, zugleich ging die Einführung von 142,7 Millionen Mark im Jahre 1912 auf 101,4 Millionen Mark im Jahre 1913 zurück. Das ist ein Verlust von der Einführung an Edelmetallen um 380 Millionen Mark im Vorjahr.

Allgemeine Überraschung rief die Meldung von einem Schierens des Gas- und Stieberohrsyndikats her. Schon vor Wochen wurde die vollzogene Gründung dieses Syndikats mit allen Einzelheiten bekannt gegeben, wie hatten die Meldungen gleichfalls verzerrt und beprochen. Doch die Verhandlungen zur Erneuerung des im Jahre 1910 geschaffenen Gas- und Stieberohrsyndikats schließlich doch erfolglos blieben, wurde zuerst auf hohe Sonderforderungen der Firma Thissen, später aber auf den Widerspruch der Mannesmannsbrüder zurückgeführt. Die Stellungnahme der Mannesmannwerke wird in einer Zuschrift an das Berliner Tageblatt mit der Befürchtung des Entstehens neuer Aufsteller begründet. „Die Entstehung eines starken Aufstellertums“, so heißt es in der Zuschrift, „war sogar mit unabdingbarer Sicherheit zu erwarten. Wäre nun das Syndikat noch vielleicht drei Jahren wieder aussteigen gegangen, so hätten dann speziell die Mannesmannwerke wohl den größten Nachteil gehabt. Sie hätten nämlich in das neue Syndikat ihre ganze Organisation eingebracht und ihre Geschäftsgeheimnisse offen dargelegt. Was sie in zwei Jahrzehnten einer harten Arbeit geschaffen hatten, wäre Gemeingut der Konkurrenz gewesen; sie selbst hätten aber nach Auflösung des Mannesmannsyndikats unter erschwerten Bedingungen wieder von vor anfangen müssen. Dieser Gesichtspunkt offenbart die Mannesmannwerke nicht aussteigen und das dürfte auch der höchste Grund für den seitlichen Widerstand der Mannesmann-Verhandlungen gewesen sein. Auch dürfte wohl gerade deshalb die Bankintervention ausgeschlossen sein, da anscheinend doch die Mannesmannwerke ihrer Bank entwidmet haben, daß sie bei solcher Sachlage die Verantwortung für das erzielte Syndikat nicht übernehmen könnten. Für Thissen sollte das Röhrensyndikat im wesentlichen aber das Werkzeug sein, die Macht der Mannesmanngruppe zu brechen.“ — Sofort begannen am Röhrenmarkt neue Preisunterbietungen, die beiden Großindustrie Thissen und Mannesmann führen den Kampf um die Herrschaft fort, bis auf Kosten der meist übrigen Röhrenwerke die Grundlage für eine Einigung geschaffen werden wird.

Das Berliner Wirtschaftsjahr im Jahre 1913.

Die Berliner Handelskammer hat mit gewohnter Plausibilität bereits den ersten Teil ihres Jahresberichtes veröffentlicht, der manche beachtenswerte Feststellungen und Betrachtungen enthält.

Der Bericht konstatiert die im Berichtsjahr eingetretene Wirtschaftskrise und erinnert daran, daß bereits Ende 1912 Anzeichen einer sich vorbereitenden Wandelung erkennbar waren, die darüber, obwohl sie die allgemeine Wohlhaber empfindlich berührte, sich in nüchternster Betrachtung als ein Vorgang darstellt, dessen Ergebnisse in der wirtschaftlichen Wellenbewegung weiter übertragen konnte noch erwarteten darf. Es wird sodann weiter ausgeführt, daß zwar mehrere ungünstige Ursachen zu konstatieren sind, die aber mehr auffällig waren und den Eindruck nicht verwischen können, daß im übrigen hier Einfüsse wirkten, denen man die Rechte und Naturgesetze beisteht muss. Die Erklärung der Krise als eine unablässliche „natürliche Erscheinung“ ist nur ein Ausfluss der Verlegenheit der kapitalistischen Wirtschaft, die gelegentlich auch in anderer Form, aber freilich nicht besser und nicht beweiskräftiger oder überzeugender Ausdruck findet, nämlich in der Entzündung, daß es sich da um bloße „Schönheitsfeier“ der im übrigen vorzüglichen kapitalistischen Gesellschaftsordnung handelt und mit denen man sich abfinden muß, da es nun einmal nichts Vollkommenes auf der Erde gibt. Dieses Verlegenheitsgefühl ist sogar schädlicher als das „Naturgesetz“ der Berliner Handelskammer, da es sich doch nur um eine verschleierte gesellschaftliche Organisation der Erzeugung und des Verbrauchs handelt. Man schaue das Durchhaus nicht naturgesetzliche Privilegien an den Produktionsmitteln ab und erzeuge statt des blohen Unternehmerprofils wegen nur zur Befriedigung aller Bedürfnisse der Konsumtanten, zu denen alle Menschen gehören und die Krisen hören auf, das ihnen vermeintlich zugrunde liegende Naturgesetz ist abgeschafft, während wirkliche Naturgesetze, wie zum Beispiel das, nach dem sich der Wechsel von Tag und Nacht rückt, von keinem Menschen bestätigt werden können.

Es wird sodann der Verlauf des Wirtschaftsjahres 1913 mit seinen einnehmenden und verhängnisvollen Wechseln von wirtschaftlichem Fortschritt und Rückschlag geschildert und durch zahlreiches politisches Material beleuchtet, wobei aber nur elf Monate des Jahres berücksichtigt werden können, da der Bericht bereits im Februar fertiggestellt werden mußte. Wir wollen daher auf die unverhältnismäßig starken auch hier nicht näher eingehen.

Zweckmäßig ist die Erneuerung, nach der das verlassene Jahr, wie übrigens bekannt, ein Schätzjahr war. Deutsches Reich hat an den wichtigsten Übergangsstufen und im Vergleich mit den vorangegangenen vier Jahren in Tonnen:

Jahr	Sägen	Gesenk	Böhrer	Stanzmasch.
1913 . .	4655956	1222594	3678254	9718965
1912 . .	4260624	1158289	8491974	8520188
1911 . .	4066895	1088618	8159918	7704101
1910 . .	3881479	10511160	2902888	7900878
1909 . .	3753747	11848415	8495616	8125816
				46706252

Also die glänzendste Ernte im Jahre 1913, und dennoch hungern Hunderttausende, die nichts oder nicht genugend zu essen haben! Und diese Hungerten sollten sich mit der Naturphilosophie der Berliner Handelskammer trösten, daß es ein „Naturgesetz“ verschuldet, daß sie nicht genug zu essen haben. Für diese kapitalistische Elendsphilosophie werden die hungrigen Arbeitslosen kein Verständnis haben, die vielmehr Arbeit und Brot und vorerst, wenn sie keine Beschäftigung haben können, mindestens ausreichende Arbeitslosenfürsorge von Gemeinde und Staat verlangen.

Aber nicht nur Deutschland erzielte im Jahre 1913 eine Höchsternte, sondern es gab auch eine glänzende Weltrente, die zum Beispiel an Weizen nach englischer Schätzung rund 104 Millionen Tonnen (zu 20 Zentner) betrug gegen 99,5 in 1912/13, 92,7 in 1911/12, 96,4 in 1910/11, 98,3 in 1909/10 und 84,2 Millionen Tonnen in 1908/09. Kann man da nicht mit Heinrich Heine sagen:

„Es wünscht niemandem Brot genug
Für alle Menschenbrüder,
Und Brot und Mutter und Schönheit und Lust
Und Zuckertüten nicht minder.“

und mit ihm das Himmelreich hier auf Erden schon errichten?

Über die Löhne im allgemeinen auf bisheriger Höhe verhandeln, war in der Lage des Arbeitsmarktes begründet. In fast allen Gewerben übertraf das Angebot von Arbeitskräften die Nachfrage erheblich. Die Zahl der Arbeitseinstellungen war selten jollein wie im Jahre 1913; in den Kreisen der Arbeitnehmer herrschte die begierige Scheu, angehoben der Überfüllung des Arbeitsmarktes Lohn und Brot aufs Spiel zu setzen. Der Beschäftigungsgrad verschlechterte sich am Ende des Jahres; die ungünstige Lage des Baumarktes trug am meisten dazu bei, daß die Schar der Arbeitslosen stark anstieß.

Von den kurzen Schilderungen der Geschäftslage in einzelnen Gewerben mögen die über die elektrische und Maschinenindustrie erwähnt sein. „Die Leistungskraft“, deren Bedeutung für unter anderem darin ausdrückt, daß sie allein ein Geschäft der gesamten in den Berliner Großgewerben tätigen Arbeitsschaft in Anspruch nimmt, ließ den Siegeszug in dem sie seit längerer Zeit befindet, auch im Jahre 1913 fort. Der Umstand, daß das Anwendungsfeld für der elektrischen Kraft in wachsendem Umfang erweitert, überdeckt uns der Rüstungsindustrie, die zeitweise mit Überflutungen der überaus leistungsfähigen Industrie im einzelnen daranlegen.“

In der Maschinenindustrie waren in Übereinstimmung mit der Gestaltung der Wirtschaftslage im allgemeinen im ersten Teil des Jahres Erzeugung und Nachfrage noch groß, zum Teil größer als im Vorjahr, doch machte sich hinterher eine Abschwächung bemerkbar, die in einigen Zweigen einen erheblichen Anstieg annahm. Lebhafte Abholz botten — besonders infolge der erhöhten Nachfrage des preußischen Staates — die Lokomotivfabriken, ferner die Waffenindustrie, die zeitweise mit Überflutungen arbeiten mußte, wobei allerdings zu beachten ist, daß der Mangel an importiertem Abholz durch vermehrte Pflege der Ausfuhr ausgeglichen wurde. Das Geschäft der Eisenbahnen begann gut, kaupte aber später ab. Die Eisenkonkurrenz brachte mitunter die geringe Aufnahmefähigkeit des Baumarktes; die öffentlichen Ausschreibungen blieben nicht genügend Erfolg, da der Verdienst gebracht war. Die Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen, die in den letzten Jahren durch die bestrebenden Lage der Landwirtschaft nicht gute Erfolge erzielt hatte, sah von Mitte des Jahres 1913 an ihren Absatz im In- und Auslande steiner werden, was zum Teil auf den wachsenden Bedürfnissen der ausländischen Industrie zurückzuführen ist. Auch für die Automobilfertigung war das erste Halbjahr 1913 besser als das zweite. Die Flugzeugwerke waren gut beschäftigt.

Die Fabrikation von chirurgischen Instrumenten, Artikeln der Krankenpflege u. s. w. hielt sich zum Teil im Rahmen der bisherigen Entwicklung; in einigen Gegenständen wie der Umsatz sogar ein Ruck gegen das Vorjahr auf. Die erzielten Preise waren aber oft ungünstig, namentlich solche es sich um Subsistenzwaren handelte. Das Kaufhausgeschäft lag schwächer.

Der Absatz von Messinstrumenten gestaltete sich im allgemeinen nicht günstig, besonders die Präzisionsinstrumente mit unter dem Preis an Anstrengungen, wenn auch der Export sich vergrößerte. Unzufriedenheit macht die trotz aller im Bereich sehr eingehaltenen Lieferterminten und namentlich angehoben der erforderlichen großen Lieferzeitigkeit in der Sozialpartie des wirtschaftlichen Lebens eindeutige Beurteilung der Lage. Es heißt da: „Auch bei strenger Beurteilung der Klamme, unter der das Berichtsjahr zu leben hat, kann man heute nicht von einer Wirtschaftsaffäre sprechen. Wenn von einer Schwäche oder Ermittlung des Wirtschaftsförsters die Rede sein soll, so kann man, um Mißverständnisse zu verhindern, den genauerigen Charakter herabreden müssen. Zum Teil der Einschränkung, welche sich die weiten Gewerbe, namentlich seit Mitte des Berichtsjahrs in der Entwicklungsgang ereignet, darf angenommen werden, daß unvergehmäßig große Voraussetzung nicht in das Jahr 1914 weiter kommen werden.“

Die beschäftigungslosen und arbeitslosen Arbeiter müssen nun über ganz anders.

Sehr günstig verhielt der Bericht die Aussichten für das Jahr 1914, indem er eine merkliche Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen für die nächste Zeit hinaus erwartet. Wir hoffen, es wird das Gesetz gefragt werden, um der Arbeitlichkeit bessere Ausichten zu eröffnen.

Unternehmer-Terrorismus.

Das Schrift der Schriftsteller über den Terrorismus der Gewerkschaften und nach zentralen Arbeitsschließungen hat wieder eine heftige Entwicklung erfahren, nach Eröffnungen, die der Berichterstatter in seinen Nummern 18 und 21 zu machen in der Lage war. Sie dieses Schriftsteller berichten bis herzt der ganze Zeit Unternehmensschließungen zur Erreichung ihrer gewinnzählerischen Ziele. Die bekannteste Schriftstellerin F. Schröder in Elbing war es, die den Berichterstatter 2 und 10 in Berlin und anderen Städten mit ihrer zentralen Arbeitsschließung und ihrer bestreitbaren Materialbasis überredet hat. Ein Schriftsteller der Schriftsteller.

F. Schröder, Elbing, Beitrags, der 7. März 1912.

Sehr schwierig verhandelt Schneider Professor der Gewerkschaften an der Universität Bonn geschrieben.

Beitrags W. 15, Februarjahr 1912.

Sehr geschickt der Schneider

So kommt nach jetzt, aus diesen schriftlichen Schriften denn 4. bis 10 entnehmen, daß des Jungen Gewerkschaften Schriftsteller Schröder

gleichzeitig darf ich an meine Söhne bereits gegebenen Ausführungen noch die folgenden anschließen.

Die grenzenlose Gelegenhörigkeit heutzutage entspringt ohne jede Rücksichtnahme auf die volkswirtschaftlichen Interessen unseres Landes im Grunde genommen lediglich selbstsüchtigen Zwecken und Motiven, sei es, daß gewissenlose Vollverschärter damit ihren Anhängern gern sozusagen eine Rechten ihrer Existenzberechtigung geben wollen, sei es, daß andere egoistische Parteieströmungen hierbei ihren Ausdruck finden.

Es werden Gesetze gemacht wie Sand am Meer; sie ziehen förmlich wie eine Heuschreckenplage über unsere deutsche Industrie.

Gesetze werden gemacht, die ganzlich überflüssig sind, und von Leuten, die nicht wissen, was für.

Die zwei wichtigsten Gesetze aber, die wir wirklich brauchen, bekommen wir nicht, dafür haben eben die Sozialdemokratie kein Verständnis, kein Interesse.

Das erste dieser beiden zu schaffenden Gesetze ist die Herbeiführung eines wirklichen und ausreichenden Schutzes der arbeitswilligen Leute.

Das andere willte sich gegen das Predigen der Verfassungs-Agitatoren, gegen ihre Verhetzung der Arbeitnehmer zur Revolution, dem Arbeitgeber gegenüber zu vertreten; denn jeder harrende Mensch muß vorsichtig einsehen, daß diese elende und verführter Tätigkeit der so genannten „gewerkschaftlichen“, richtig genannt „sozialdemokratischen“, also staatlichen und ordnungsfestndlichen Agitatoren über kurz oder lang bei immer weiter fortgebender Verhetzung und Verführung der Volksmassen schließlich zur allgemeinen Revolution führen wird, wenn nicht der Staat selbst diesen erbärmlichen Elementen durch ein kurzes und blitziges Gesetz endlich einmal Einhalt gebietet und seiner der Sozialdemokratie gegenüber bisher gezeigten unversöhnlichen Schwäche ein Ende macht.

Wenn Sie, sehr geehrter Herr Professor, bei Ihnen so eindrucksvollen Vorträgen gelegentlich auch im Sinne dieser Gedanken Ausregungen geben wollen, wird auch dieses für die läufige Gestaltung unseres vollwirtschaftlichen Lebens von Heilsamer Bedeutung sein.

Zur Illustration der Unnachfrage und Unverantwortlichkeit der gewerkschaftlichen Agitatoren folge ich einige diesbezügliche Notizen in der gestrigen Nummer 26 der hiesigen „Neuenen Nachrichten“ zur geselligen Kenntnisnahme hin:

„Sachbeschreibung liegt eine große Gefahr für das weitere Gediehen unseres nationalen Wohlstandes mit darin, daß mangels genügenden Schutzes der Arbeitsschaffenden des gesetzlichen Rechts ist der Arbeiter infolge der sozialdemokratischen Agitationstätigkeit heutzutage zu einem Rechtslosen geworden ist.“

In vorjähriger Beobachtung sehr ergeben.

F. Schröder.

Doch die Firma Schöbel will keinen springen läßt, um die Zwecke der Terroristen zu fördern, wird niemanden besonders wundern, aber daß ein Universitätsprofessor sich so zum Kuli des Unternehmers, herabwürdigen läßt und nicht gegen die ihm gemachte Ausnutzung öffentlich protestiert, das ist das Schändliche an der Sache. Bei der Vorlesung mittelli, besteht das Material, das die Firma ebenso wie in dem Brief die Vertuthheit jeder Sozialpolitik darlegt, begleitet von höchst deplorablen Verkürzungen gegen die Regierung und den Reichstag, die mit ihrer Gesetzesmacherie die Industrie rütteln. So wendet sich eine Abhandlung, betitelt: „Die Rotheile einer Verkürzung der Arbeitsschaffung“, gegen die Einführung des Neunstundentags auf den Industrieberufen, eine andere gegen paritätische Arbeitsschaffense, eine weitere gegen Lohnverträge und so fort. Besonders bemerkenswert ist aber das mühsame „Protokoll der arbeitslichen Hauptversammlung des Verbandes der Metallindustrie O.- und W.-Preußens“, die am 7. Februar 1912 im Verwaltungsgebäude der Firma F. Schröder in Elbing abgehalten wurde. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete der Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1911. Darüber sorgt das Protokoll:

„An Streikangelegenheiten sind von Seiten der Gewerkschaftsmitglieder im Laufe des verflossenen Jahres folgende zur Anzeige gelangt, die nach Erklärung der höheren Umstände mit Hilfe unserer schwarzen Liste erledigt wurden:
1. Am 1. April 1911 wurden auf Antrag der Firma F. Schröder, Schloßberg zu Danzig, 720 bei ihr beschäftigte Schmiede, Schlosser, Kieker, Steinmetz und Zimmerleute und am 24. April 1911 sämtliche Leute der genannten Firma wegen unzureichender Arbeitsniederlegung für den Bereich des Gesamtverbandes aussperrt und diese Sperrte bis auf 360 Mann am 8. September 1911 aufgehoben. Am 26. September wurde die Sperrte über weitere 32 Monate und am 23. Oktober 1911 über den Rest aufgehoben.
2. Am 12. April 1911 wurde auf Antrag der Firma Robert Kühl, Thorn, die Schlosser wegen unzureichiger Arbeitsniederlegung für den Bereich unseres Bezirkverbandes gesperrt.
3. Am 19. April 1911 wurden auf Antrag der Kombinierten Schlosserfirma zu Königsberg i. Pr. 51 Schlosser- und Schmiedegefechte wegen unzureichiger Arbeitsniederlegung für den Bereich des Gesamtverbandes aussperrt und diese Sperrte und die Sperrte am 5. Juli 1911 aufgehoben.
4. Am 26. April 1911 wurden auf Antrag der Firma Georg Stros, Königsberg i. Pr. 110 Formierer wegen unzureichiger Arbeitsniederlegung für den Bereich unseres Bezirkverbandes gesperrt. Diese Sperrte wurde am 15. Mai 1911 aufgehoben.
5. Am 3. April 1911 wurde auf Antrag der Firma F. Schröder, Elbing, ein Dreher, welcher am 1. Mai nicht gearbeitet hatte, für den Bereich unseres Bezirkverbandes auf 12 Tage gesperrt.
6. Am 9. Mai 1911 wurden auf Antrag der Kombinierten Schlosserfirma zu Königsberg i. Pr. weitere 2 Arbeiter, welche bei der gemeinsamen Nutzung bereits freiliegenden Leuten entzogen waren, ebenfalls für den Bereich des Gesamtverbandes gesperrt. Diese Sperrte wurde am 5. Juli 1911 aufgehoben.
7. Am 16. September 1911 wurden auf Antrag der Firma Georg Stros, Elbing, 2 Steinmetz u. h. h., Königsberg i. Pr., 37 Steinmetz u. a. Arbeiter wegen unzureichiger Arbeitsniederlegung für den Bereich des Gesamtverbandes gesperrt und diese Sperrte am 10. Oktober 1911 aufgehoben.
8. Am 25. September 1911 wurden auf Antrag der Firma F. Schröder, Schloßberg zu Danzig, 500 Formierer i. e. leide, welche bei der gemeinsamen Nutzung bereits freiliegenden Leuten entzogen waren, ebenfalls für den Bereich des Gesamtverbandes gesperrt. Diese Sperrte wurde am 23. Oktober 1911 aufgehoben.
9. Am 25. September 1911 wurde auf Antrag der Firma F. Schröder, Elbing, 1 Formierer und 1 Arbeiter wegen unzureichiger Arbeitsniederlegung für den Bereich unseres Bezirkverbandes gesperrt und diese Sperrte am 10. Oktober 1911 aufgehoben.
10. Am 29. September 1911 werden weitere 2 Steinmetz u. a. Arbeiter bei der gemeinsamen Nutzung bereits freiliegenden Leuten entzogen, welche für den Bereich unseres Bezirkverbandes gesperrt und diese Sperrte am 10. Oktober 1911 aufgehoben.
11. Am 5. Oktober 1911 wurde auf Antrag der Firma F. Schröder, Schloßberg zu Danzig, 500 Formierer u. a. Steinmetz u. a. Schlosser wegen unzureichiger Arbeitsniederlegung unterschiedlicher Betriebarten unter Bezeichnung der Schlosserfirma und Schlosserfirma von Schröder und Schröder-Schlosser beide Steinmetze für den Bereich unseres Bezirkverbandes gesperrt.
12. Am 27. Oktober 1911 wurden auf Antrag der Firma F. Schröder, Schloßberg zu Danzig, 3 Steinmetz u. a. Schlosser wegen unzureichiger Arbeitsniederlegung für den Bereich unseres Bezirkverbandes gesperrt. Diese Sperrte wurde am 13. Dezember 1911 aufgehoben.“

13. Am 30. November 1911 wurden auf Antrag der Firma Union-Gießerei, Königsberg i. Pr., 59 Arbeiter ihrer Gießerei wegen unberechtigter Arbeitsniederlegung für den Bereich des Gesamtverbandes gesperrt und diese Sperrte am 18. Dezember 1911 aufgehoben.

14. Am 4. Dezember 1911 wurden auf Antrag der Firma Union-Gießerei, Königsberg i. Pr., sämtliche bei ihr beschäftigten Leute für den Bereich des Gesamtverbandes gesperrt, da die streikenden Leute ihrer Gießerei die Arbeit nicht aufgenommen hatten und sich die Firma hierdurch veranlaßt sah, ihren Betrieb aufzugeben.

15. Die Rundschreiben des Gesamtverbandes des Deutschen Metallindustrieller betreffend verhängte Sperrte, Schlosserangelegenheiten und industrielle Verhältnisse von allgemeinem Interesse sind den Verbandsmitgliedern regelmäßig ausgegangen, ebenso die Rundschreiben der Hauptstelle Österreichischer Arbeitgeberorganisationen in Wien.

Auch im Jahre 1911 hat sich der Verband als ein segensreiches Institut und eine wirkungsvolle Maßnahme gegen den Zaun gebrachte Arbeiterschlaf erweisen. Erinnert wird noch an das Rundschreiben des Gesamtverbandes vom 1. August 1907, laut dessen einzeln kontaktfreudige, agitatorisch tätige, außäffige Arbeiter nur in den Bezirkverbanden, jedoch nicht für den Gesamtverband gesperrt werden sollen.“

So treiben es die Unternehmer, deren Goldschreiber nicht müde werden, über Terrorismus der Arbeiter zu schreiben. Über der Geschäftsbürozeile zeigt auch, wie die Geschäftsbürozeile gegen ihre eigenen Klassegenossen versucht. Der Vorstand, Geheimrat Siegel von der Schloßauerwerk, berichtete nämlich in der Versammlung:

„Der Vorstand des Gesamtverbandes hatte in seinen Sitzungen vom 17. und 27. September 1911 beschlossen, den Arbeitgeberverband Unternehmer zu verlassen, die Firma G. Seebel, Aktiengesellschaft, Gesellschafter, wegen ihrer unentschuldbaren, den Zwecken des ganzen Gesamtverbandes hohesprechen, Verhältnisse aus ihrem Verbande ausschließen. Durch diese Firma dann gleichzeitig aus dem Gesamtverband ausgeschlossen würde.“

Hiergegen erhob der Arbeitgeberverband Unternehmer bei dem Gesamtverbande Vorstellungen, indem er ausführte, daß er noch Aussichtshabung der Firma Seebel aus den Unteren nicht herzunehmen würde, da die begründete Beschuldigung vorliege, daß die Firma Seebel sofort einen eigenen Arbeitgeberverband, und zwar einen baratätschen eingerichtet habe.

Der gegenwärtig etwa 2000 Arbeiter beschäftigende Hochbaurat Dr. und die übrigen im Unternehmensgebiet liegenden Firmen würden Gefahr laufen, in diese Bewegung hineingerissen zu werden. Die Sitzungen des Verbandes geben im weiteren keine Hoffnung, gegen Seebel mit Ausschluß vorzugehen. Außerdem habe der Ausschuss der Firma G. Seebel, Aktiengesellschaft, die bestimmte Beschuldigung gegeben, daß sich ähnliche Fälle in Zukunft nicht wiederholen werden. Durch Auffnahme entsprechender Satzungsbestimmungen soll der Wiederholung derartiger Fälle vorgebeugt werden. Die Firma Seebel selbst wurde zur Zahlung einer Strafe von 5000 M. verurteilt.

Auf Grund dieser ganz im Gegensatz zu den Beschuldigungen der diesseitigen Vorstandssitzung vom 7. September 1911 stehenden Erledigung des Falles Seebel durch den Gesamtverband in Berlin, sowie der Vorstände unseres Bezirkverbandes an den Vorständen des Gesamtverbandes, Herrn Geheimrat v. Kiepel, daß die geringe Bestrafung der Firma Seebel mit nur 5000 M. ganz außerordentliches Grausen und Enttäuschung wäre.

Eine solche geringe Strafe kann bei dem mangelnden Verständnis, welches die Firma hinsichtlich des Zwecks unserer Koalition entwölft hat, nur dazu Veranlassung sein, daß dieselbe bei einer neuen Gelegenheit in noch ganz anderer Weise, ohne Gefahr zu laufen, wieder durch die Mitgliedschaft verlustig zu gehen, den Gesamtverband untergehen und sich überhaupt nichts mehr daraus machen wird. gegebenenfalls die seitlichen Mitgliedsfirmen Arbeit zu egsu nehmen werden.

Bei der augenscheinlichen Solidarität der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes Unternehmer in solchen Fällen wird diese billige Strafe vielleicht auch das eine oder das andere Mitglied dieses Verbandes veranlassen, der Firma Seebel nachzuturnen.

Die in dem und vom Gesamtverband überhandten Protokollsitzungen enthaltenen Ausführungen sind um so weniger zu billigen, als es nicht darauf ankommt, nach Gründen zu suchen, die das bei spiellose Verhalten Seebels befürworten könnten, vielmehr verlangt es, wie der Verband der Metallindustriellen Ost- und Westpreußens in seinen diesbezüglichen Zuschriften an den Gesamtverband wiederholt ausgeführt hat, die Ehre des letzteren, daß seine Sitzungen und der Stand des gesamten Zusammenschlusses der Metallindustriellen von allen Mitgliedern ohne Ausnahme unter allen Umständen ernst genommen werden.

Es sei vollkommen gleichgültig, ob die Firma Seebel eine gestellte Frist um zwei Tage über

aber trotzdem immer noch, um der Herabsetzung des Urteils im Kölner Gewerkschaftsprozeß, daß „alles beim alten geblieben“ sei. Während aber Herr Steger in soviel in Ländere herumreiste, sich in Versammlungen als Held anstaurte und bewundert stellte, in Form von Versammlungsschlüsseleien „Stalpe“ an seinem Gürtel hängte, hörten die Widersacher der „kölner“ zu einem vernichtenden Schlag aus. Graf Oppersdorff, der Herausgeber von „Katholizität und Katholizität“, schrieb folgenden Brief an den Kardinal Stopp in Breslau:

Berlin, den 19. Januar 1911.

Euer Eminenz

Wollen gnädigst verzeihen, wenn ich in einer Frage, die für mich eine Gewissensfrage ist, mit der Freiheit nehme, Hochwürde Nachsicht und Zeit in Anspruch zu nehmen.

Es ist Euer Eminenz wohl nicht eingangen, wie der Name Euer Eminenz im Kölner Gewerkschaftsprozeß wiederholt genannt worden ist. Das katholische Volk ist durch jene Vorgänge und Erwähnungen in eine Unzufriedenheit gelommen, die nicht andauern sollte. So wage ich es, mich an Eure Eminenz in aller Bescheidenheit und Offenheit zu wenden und die Bitte zu unterbreiten, gräßlich eine eingehende Darlegung geben zu wollen, welche die obvaldenden Unzufriedenheiten befehligen wird.

Eure Eminenz würden mich zu diesem Tische verpflichten, wenn diese eingehende Darlegung mit in der Reihe anberaumt würde, daß mir die Benutzung dieser Ausgebung freigestellt wäre.

Zudem ich die ergebnige Bitte ausspreche, mit dieser Zelle gnädigst verzeihen zu wollen; verbleibe ich als Euer Eminenz gehorsamster und untertänigster Diener

gez.: Hans Oppersdorff.

Darauf antwortete der Kardinal Stopp bereits am 21. Januar 1911 wie folgt: (Die Sperrungen im Druck rührten von uns her.)

Euer Hochgeborenen

beehre ich mich, auf das gefällige Schreiben vom 19. d. M. ergeben zu erwidern, daß ich Ihnen Anstand nehme, Ihnen zur Ausführung der öffentlichen Meinung die gewünschten Auskünfte zu erteilen.

Wie der Episkopat in seinem Anschreiben vom 5. November 1912, mit dem er die Enzyklika „Singulare quadam“ verbreitete, verhoben sollten:

„Die Weisungen des hl. Voiters zugleich jenem, in der Enzyklika so nachdrücklich betonten, Ziele dienen, zwischen katholischen und nichtkatholischen Arbeitern den bürgerlichen Frieden und jene Eintracht zu erhalten, ohne die die kirchliche Wohltat nicht bestehen kann.“

Deshalb wies das bischöfliche Anschreiben noch darauf hin, „daß von Heiligen Stuhle an die Katholiken ergangene Mahnung zur Einigkeit, zur Unterstaltung gegenüberlicher Besitzungen, zur Einhaltung des ordnungsmäßigen Vertrages zur Lösung der etwa noch in vorgezeichneter Richtung auftauchenden Differenzen entsprechend dem heiligen Verlängen des gesamten katholischen Volkes“ und schloß mit dem Ausdruck des Vertrauens,

„daß die kirchliche Treue und Friedensliebe aller guten Katholiken die Enzyklika als einen neuen Beweis der Weisheit und Güte des Heiligen Voiters mit inniger Dankbarkeit aufnehmen und alle Weisungen der Enzyklika freudig und gewissenhaft befolgen werden.“

Dieses Streben und diese Erwartung leitete fortan alle weiteren Schritte der deutschen Bischoße. Der Episkopat als solcher hielt sich von da ab fern, nur daß er noch den Bischofshof, ein Konkurrenzmitglied, den damaligen Kapitularvik von Köln, Prälat Kreuzwald, zu beauftragen, mit den Führern der christlichen Gewerkschaften Führung zu nehmen, um zu verhindern, zu überreden und zu bedrängen Brotteile und Handlungen sich hinzuholen zu lassen, die später schwer wieder auszugleichen wären. Die Führer der christlichen Gewerkschaften befolgten auch anfangs diese Mahnungen, bis die gesetzlichen sozialdemokratischen, wie auch einzelne liberale Blätter in allerlei höherrichtigen und beschimpfenden Ausführungen sie ergingen und alle Gesetzesfristlicher Anerkennung aufstießen ließen.

In dieser Lage beschlossen die Führer, alle Leiter der christlichen Gewerkschaften zu einer Generalversammlung nach Essen zu rufen. Vorher aber wandten sie sich an ihren langjährigen Freund und den hochwürdigsten Herrn Bischof von Paderborn, Dr. Göttsche, und legten ihm ihre Lage dar. Der Bischof von Paderborn, eingedenkt der einheitlichen Stellung des Episkopats, der Enzyklika eine möglichst Friedliche und vertrauensvolle Ausnahme bei den Verträgen zu schenken, unternahm es daher, die von den Gegnern am härtesten hergehobenen und missdeuteten Behauptungen der Enzyklika zu erläutern. Daß er sich dabei von der äußersten Milde leiten ließ, widergespielt nicht den Wirkungen des Episkopats und erforderte die Lage der Dinge. Diese Erläuterungen sonderte der hochwürdige Herr am 20. November 1912 dem Unterzeichneten als den derzeitigen Vertreter der Bischofskonferenz zur Prüfung und Zustimmung. Mit einigen Änderungen konnte ich seine Arbeit als nicht gegen die Enzyklika gerichtet ansehen und, da die christlichen Gewerkschaftsführer auf meine Zustimmung eines Gemüts lebten, erließ ich sie. Bei der Fülle der Zeit konnte diese Angelegenheit dem Gesamtsekretariat nicht mehr vorgelegt werden; tatsächlich in diesen Einvernehmen auch nicht eingeholt werden. Nur wurde ihm nachträglich von der Sachverständigen gegeben, was er mit Erfordernissen aufnahm. Die in Essen zur Belebung gebrochte Erläuterung der Enzyklika ist also kein Beschuß des Episkopats, sondern eine Ausarbeitung des Herrn Bischofs von Paderborn, der ich, den dringenden Wünschen ratgebend, zustimmte.

In Essen hätte man es danach in der Hand gehabt, den gewerkschaftlichen Standpunkt mit weiser Zurückhaltung und kluger Schonung des kirchlichen Empfindens zur Geltung zu bringen, bei der überaus milden Erklärung des Herrn Bischofs von Paderborn, und so die Angaben des Episkopats zu rechtfertigen. Stattdessen erging man sie in schroffen und herausfordernden Redewendungen, die die müßigenden Rücksichten des Episkopats völlig mißachteten und die angewandte Milde als müßig erwiderten, wobei legierte auch an einer anderen kirchlichen Stelle nicht genehmigt wurde.

Aus diesen Vorgängen in Essen erkannte ich selbst, daß es Selbstauschöpfung war, eine friedliche und verständige Richtung der Enzyklika zu erhoffen und schrie daher an den hochwürdigen Herrn Bischof von Paderborn, daß ich diese Vorgänge sehr bedauerte und daher meine Zustimmung zu seinen Erläuterungen damit zurücknahm. Mein Schreiben (vom 1. Dezember 1912) lautete wörtlich:

„Ich bedauere, mich an den Maßnahmen zur Verhütung der christlichen Gewerkschaften beteiligt zu haben und will die Interessen (der fünf Punkte) nicht weiter vertreten, da solche nicht allein wirkungslos, sondern verwirrend sind.“

So gut diese Erläuterungen gemeint waren und man sie an sich vielleicht auch nicht daranstand, wenn man die Sache der Erfüllung der Enzyklika nicht aus dem Auge läßt, so ist doch manches dagegen einzuwenden. Vor allem waren sie nicht richtig, daß die Bestimmungen der Enzyklika deutlich und klar genug sind. Sie waren unzureichend, da die Führer der christlichen Gewerkschaften sie nur zu einer schroffen Ablehnung benutzten. Endlich aber muß besonders hervorgehoben werden, daß es nicht Sache der Bischofe ist, vägliche Sätze zu erläutern und erzulegen. Es steht über dem Episkopat der Erklärungrichtung, das ich seit der Essener Versammlung stets geschahen habe, hat mich leider auch der Verlauf des eben beendeten Prozesses der christlichen Gewerkschaften gegen die sozialdemokratischen Redakteure noch bestärkt, und ich kann hinzufügen, daß auch an anderen

Stellen die bei dieser Gelegenheit ausgesprochenen Grundsätze und Ansichten ein großes Aufsehen erregt haben.

Ich glaube, damit Ihre Anfrage vollständig beantwortet zu haben und verharre in größter Verehrung als

Euer Hochgeborenen ergebenster

gez.: Erd. Stopp, Fürstbischof von Breslau.

Aus diesem Briefe des Breslauer Kardinals geht also hervor, daß die seinerzeitige Beilegung des Gewerkschaftsrates im „christlichen“ Lager durch die „Erläuterungen“ des Paderborner Bischofs nicht auf einer Uebereinstimmung der beiden Streitparteien über die Bedeutung der Enzyklika beruht, sondern daß es sich bei der Uebung nur um ein „diplomaticum“ Rundschreiben des Klerus handelt. Was Kardinal Stopp dazu veranlaßt hat, anderthalb Jahre nach dem Essener Kongress die Flucht an die Oeffentlichkeit zu ergreifen, ist ja nicht ganz sicher. Gewiß hat ihm das triumphierende Auftreten der Gewerkschaftsführer während des Kölner Prozesses höchst mißfallen, aber er würde sich am Ende doch wohl auch diesmal wieder mit einer privaten Beschwörung begnügt haben, wenn er nicht sicher wäre, daß seine Ausschreibungen von der Karte in Wahrheit voll aufgebilligt werden. Und das gibt ja eben dem Stoppchen Briefe seine besonders große Bedeutung, daß er auf das Bedürfnis eines neuen Schrittes des Papstes gegen die christlichen Gewerkschaften schließen läßt. Da kann man es wohl beziffern, wenn jetzt die Tremontia in Dortmund in den Angriff treibt: „Gott schaue daß katholische Deutschland in solchen Prüfungungen!“

Zwecklos nur gibt es für die christlichen Gewerkschaften: Entweder unterwerfen sich ihre katholischen Mitglieder ohne alle Reden- oder Ausschüttungen dem Willen des Papstes, oder aber ihre Organisationen machen sich endgültig von einer Umstaunung frei, die sie auf Schritt und Tritt hindert, Arbeitseinkommen wirklich zu vertreten. Auch wenn sie sich zu dieser Loslösung entschließen, bedeutet das natürlich noch längst nicht, daß sie ohne weiteres den Standpunkt der freien Gewerkschaften einzunehmen; sie würden sich dann, wie die „christlichen“ Führer schon früher verkündeten, „nationalen“ Gewerkschaften nennen. Aus Bemerkungen in der Rheinischen-Westfälischen Zeitung muß man schließen, daß die nationalsozialistischen Schatzmänner des dortigen Industriebezirks diese Firmenänderung sehr gerne führen. Wirtschaftlich rechnen sie damit, daß sie dann mit diesen „nationalen“ Gebilden noch erfolgreichere Wahlverabredungen zugunsten „national-liberaler“ Standarten treiben können, als dies schon bei den letzten Wahlen mit den Imbusch und Genossen gelungen, die die Lösung ausgaben: „Lieber den Teufel als den Engel, dem ist der Friede nicht zu tragen.“ Uns fehlt eine solche Firmenänderung der „christlichen“ Gewerkschaften auch recht sein. Gehört sie aber den anderen Weg, so ist uns auch das willkommen, denn die bedingungslose Unterwerfung unter Rom wird Taufenden und Überlaufenden die Augen öffnen.

Arbeitslosigkeit im vierten Quartal 1913.

Die bedeutend gestiegene Arbeitslosigkeit in der deutschen Metallindustrie erfordert es, diesmal näher als es sonst in den einzelnen Quartalen geschehen ist, über die Arbeitslosigkeit unserer Verbandsmitglieder zu berichten. Zur besseren Übersicht und um Vergleiche zu ermöglichen, sind die Feststellungen über die Arbeitslosigkeit vom vierten Quartal 1911 an und in der Schlussfazette die Gesamtzahlen seit dem Jahre 1908 aufgeführt. Dazu ist besonders zu bemerken, daß die angegebenen Zahlen des Mitgliederbestandes und die Angaben für die Untersuchungen mit den Angaben in den Jahrbüchern des Verbandes nicht übereinstimmen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß nicht alle Orte die Arbeitslosenzählkarte eingesandt haben und die genauen Zahlen immer erst auf Grund sämtlicher Quartalsabrechnungen festgestellt werden können.

An den Feststellungen über die Arbeitslosigkeit der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbundes beteiligten sich im vierten Quartal 1913 430 Verwaltungsstellen, die 51267 männliche und 27814 weibliche Mitglieder zusammen 510360 Personen umfassen. 24 Verwaltungen mit 486 männlichen und 55 weiblichen Mitgliedern haben trocken keine Berichtskarte eingesandt oder die Berichterstattung erfolgte so spät, daß die Angaben bei der Zusammenstellung nicht mehr berücksichtigt werden konnten. Bedauerlicherweise sind es fast immer die gleichen Verwaltungen (darunter solche mit Geschäftsführern), die jedesmal gemacht werden müssen.

Die Gesamtzusammensetzung ergibt mit Einschluß der Einzelmitglieder in 24 Verwaltungsstellen als vorläufiges Ergebnis 517541 männliche und 27749 weibliche Mitglieder, zusammen 510290 Personen. Im Vergleich mit den Zahlen des dritten Quartals 1913 ist das eine Abnahme im vierten Quartal von 18403 und gegenüber den Zahlen vom Schluß des Jahres 1912 von 16695 Mitgliedern, vorunter 116 weibliche. Besonders die großen Verwaltungsstellen hatten im Quartalsquartal einen erheblichen Mitgliederverlust. Am ersten Stelle steht Hamburg mit einer Abnahme von 3295, dann folgen in weiterem Abstand Stuttgart mit 677, Dresden mit 604, Nürnberg mit 389, Berlin mit 315, Düsseldorf mit 492, Magdeburg mit 489, Köln mit 428, Chemnitz mit 317 und Leipzig mit 278 Mitgliedern. Die Hauptursache des außergewöhnlich hohen Mitgliederabgangs in Hamburg ist wohl in der Verstarbeiterverbergung zu suchen, während im allgemeinen die Mitgliederabnahme auf die mit alter Schärfe aufgetretene Wirtschaftskrise gesetzt werden muß. Nicht unerwähnt darf auch bleiben, daß unter den 64000 Mann, die durch die neue Militärvorlage dem verletzlichen Volk mehr als in früheren Jahren entzogen wurden, sich auch viele organisierte Metallarbeiter befinden. Wie groß diese Zahl ist, läßt sich zurzeit nicht genau ermitteln. Soviel sieht aber nach den bereits vorliegenden Angaben fest, daß die Zahl der Neingezogenen aus unseren Mitgliederreihen im Jahre 1913 mindestens um 3000 höher gewesen sein wird, als im Jahre 1912.

Wie aus der nachstehenden Tabelle zu erssehen ist, wurden im

Quartal	Gesamtzahl der Mitglieder überaupt	Zahl der Arbeitslosigkeit am Ende				zusammen
		am Ende	auf der Reise	zur Mitgliedern Zahl in Proz.	zusammen	
	männl.	weibl.	zusam.	männl.	weibl.	
4. Quartal 1911	485 836	27 799	519 633	26 811	648 27 849	5,5: 1,9: 5,8
1. - 1912	495 500	27 685	522 165	88 555	928 44 463	6,3: 9,4: 6,6
2. - 1912	506 482	26 915	538 400	21 175	665 29 040	5,8: 8,2: 5,5
3. - 1912	515 539	27 553	548 092	28 092	655 28 777	5,4: 2,5: 5,5
4. - 1912	524 120	27 865	561 935	31 518	1 282 28 645	5,9: 4,1: 5,8
1. - 1913	584 926	28 167	563 105	89 290	1 598 40 879	7,4: 6,7: 7,5
2. - 1913	536 229	28 100	564 329	59 211	1 102 40 918	7,3: 8,9: 7,1
3. - 1913	530 322	26 271	559 693	44 936	1 334 43 360	8,5: 4,7: 8,3
4. - 1913	517 541	27 749	545 290	53 520	1 770 56 290	10,3: 6,4: 10,1

Ursache des Quartals in 405 Verwaltungsstellen 5520 Fälle von Arbeitslosigkeit festgestellt, die sich auf 53520 männliche und 1770 weibliche Mitglieder verteilen. Zu 52 Verwaltungsstellen, einschließlich der 24, die nicht berichtet haben, sind im Laufe des Quartals keine Arbeitslosen gezählt worden. Im Vergleich zum vierten Quartal 1912, wo 46300 Fälle von Arbeitslosigkeit ermittelt wurden, bedeutet das eine Zunahme von 8900 und gegenüber dem vierten Quartal 1912 eine solche von 22745 Arbeitslosigkeitsfällen. Der Durchschnitt kommt auf einen Untersuchungsfall bei den männ-

Nach Prozenten der Mitgliederzahl betrugen die Arbeitslosenfälle im Berichtsquartal 10,1, im Vorquartal 8,8 und im Vergleichsquartal 1912 5,8. Demnach ist die Arbeitslosenzahl im vierten Quartal gegen das dritte Vierteljahr um 1,8 und gegen das vierte Quartal 1912 um 4,3 gestiegen. Daraus geht klar und unzweideutig hervor, wie sich die Arbeitslage in der Metallindustrie verschlechtert hat. Im Vergleich zum Vorquartal ist in allen Landesgebieten eine Verschlechterung der Verhältnisse eingetreten, in einzelnen sogar ganz beträchtlich. Über den Reichsbüchsenmitteln hinaus gehen Berlin und die Provinz Brandenburg mit 19,5, Schleswig-Holstein und beide Mecklenburg mit 12,0 und das Königreich Sachsen und die Thüringer Staaten mit 10,2 Prozent, während wiederum die Provinz Westfalen mit 3,9 die niedrigste Arbeitslosenprozentzahl aufzuweisen hat. Niedrigste Prozentzahlen haben noch die Rheinprovinz mit 5,8, Hannover und Oldenburg mit 5,4, Elsaß-Lothringen und die Rheinpfalz mit 6,1 und das Großherzogtum Hessen und Hessen-Nassau mit 6,4. Die folgende Zusammenstellung gibt Aufschluß über die Zahl der arbeitslosen Mitglieder am Ort und auf der Reise am letzten Tage der einzelnen Quartale:

Quartal	Zahl der arbeitslosen Mitglieder am Schlusse des Quartals			Arbeitslose und Wissensbeamte zusammen			Zahl der Mitglieder am Ort
	am Ende	auf der Reise	zusammen	am Ende	auf der Reise	zusammen	
	männl.	weibl.	%</				

lichen Arbeitslosen 31,13 % und bei den weiblichen 16,05 %. Beide Geschlechter zusammen gerechnet entfallen auf jeden Unterstützungsfall im Durchschnitt 30,61 %. Die bezahlten Durchschnittssummen der beiden Vergleichsquartale betrugen 24,13 und 21,21 %.

An die auf der Reise befindlichen arbeitslosen Mitglieder wurden

Quartal	Reiseunterstützung						
	Sohl der Unterstützungsstage		Summe der bezahlten Unterstützungen in Mark				
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	
4. Quart. 1911	4761	1	58511	8	53294	3	58297
1. " 1912	4785	4	57782	12	57782	12	57744
2. " 1912	9801	2	112913	43	112913	43	112956
3. " 1912	8909	2	104617	90	104617	30	104647
4. " 1912	4742	2	58458	16	58458	16	58474
1. " 1913	5680	1	68100	9	68100	9	68109
2. " 1913	12089	2	140269	26	140269	26	140285
3. " 1913	13718	4	148294	70	186999	87	187076
4. " 1913	6530	2	76086	37	98819	46	93865

im Laufe des Berichtsquartals in 32657 Fällen für 76123 Tage 98665 M Unterhaltung bezahlt. Im Vergleich zum Vorquartal haben die Unterstützungsstage um 7241 und die Unterstützungssummen um 28711 M abgenommen, während gegen das vierte Quartal 1912 die Unterstützungsstage um 17849 und die Unterstützungssummen um 34581 M gestiegen sind. Nach allgemeiner Berechnung wird die Zahl der unterstützten Reisenden auf 6532 geschätzt, vorunter sich zwei weibliche befinden. Im Durchschnitt können demnach auf einen Reisenden 14,29 M Unterhaltung gegen 18,64 M im dritten Vierteljahr. Bezuglich der Zahl der auf der Reise unterstützten Personen sei wieder daran erinnert, daß die genaue Zahl der Reisenden erst nach Bearbeitung sämtlicher Abrechnungen festgestellt werden kann, da regelmäßig eine größere Anzahl der Reisenden in mehr als einer Betreuungslinie Unterhaltung bezieht.

Die gefaßte zur Auszählung gelangte Unterstützungssumme für die Arbeitslosen am Ort und auf der Reise belief sich im vierten Quartal auf 1222131 M, das ist eine Mehrausgabe gegenüber dem dritten Quartal von 219624 M und gegenüber dem vierten Quartal 1912 von 726155 M oder 149 Prozent. In Wirklichkeit ist die Summe noch erheblich höher; denn wie schon eingangs erwähnt wurde, fehlen die Ausgaben einzelner Orte, auch die Unterstützungen aus lokalen Mitteln in dieser Summe nicht enthalten.

Durch diese riesige Steigerung sind, wie in der Schlüsseltabelle veranschaulicht ist, die bisher höchsten Aufwendungen des Verbandes für

Sohl der Reiseunterstützung	Arbeitslose am Ort	Sohl der Unterstützungsstage am Ort	Gesamtzahl der Unterstützungsstage am Ort	Gesamtzahl der Unterstützungsstage am Ort	Summe der bezahlten Unterstützungen f. Arbeitslose am Ort	Sohl der Reiseunterstützung	Arbeitslose am Ort	Sohl der Unterstützungsstage am Ort	Gesamtzahl der Unterstützungsstage am Ort	Gesamtzahl der Unterstützungsstage am Ort	Summe der bezahlten Unterstützungen f. Arbeitslose am Ort
1908	36482	137411	9,4	3048227	122141	2892889	3177066				
1909	370429	140921	9,6	8778	2,4	3389228	132458	2891567	3444381		
1910	482006	105896	6,3	7599	1,6	1964302	88329	1565959	1779896		
1911	515634	126976	6,3	7304	1,4	2198571	104771	1807358	1942118		
1912	561285	124845	5,8	11913	2,1	2203522	111291	1881826	2018389		
1913	545290	182782	8,2	20982	3,8	3671255	164621	3094494	3731269		

die Arbeitslosen in den Jahren 1908 und 1909 um ein bedeutendes Überschreiten würden. Da aller Voraussicht nach in der nächsten Zeit eine Besserung der Beschäftigungsnotschwäche in der Metallindustrie nicht eintrete, so werden die Ausgaben von den Summen des Jahres 1912 noch übertroffen werden.

Die angeführten Zahlen und Vergleiche sind ein unumstrittlicher Beweis dafür, daß sich die Arbeitslosigkeit und damit die Not und Entfernung der Arbeitslosen gezeigt hat. Geradezu als trostlos müssen aber diese Zustände bezeichnet werden, wenn sich nicht die Gewerkschaften der Arbeitslosen angenommen hätten. Und darin hat der Deutsche Metallarbeiter-Verband seine Pflicht in vollstem Maße erfüllt. Die im ganzen hohen und im Durchschnitt auf die einzelnen entfallenden Unterstützungssummen beweisen, daß der Verband seine arbeitslosen Mitglieder kräftig unterstützt und sie vor größter Not bewahrt hat. Das wird auch häufig der Fall sein.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Streitmix zu vermeiden und eine geregelte Beitragsabrechnung zu ergänzen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 8. Februar der 7. Wochenbeitrag für die Zeit vom 8. bis 14. Februar 1914 fällig ist.

* * *

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatutes gehandelt:

Der Verwaltungsstelle Oberdrat 5 g pro Woche.

Die Rücksichtnahme dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

* * *

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statutes:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Düsseldorf:

Der Metallarbeiter Heinrich Zwischoff, geb. am 8. Januar 1878 zu Düsseldorf, Buch-Nr. 1.171.604, wegen Beurteilung und Verhandlung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Leipzig:

Der Arbeiter Heinrich Riedelbach, geb. am 14. September 1889 zu Erlangen, Buch-Nr. 1.999.936, wegen unzureichendem Verhalten.

* * *

Kaufvertrag zur Rechtsfestigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Sozialrat erhobenen Rechtsbehauptungen zu rechtfertigen. Sollte einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Rechtsfestigung aus dem Verband.

Auf Rechnung des Verbandes:

Der Arbeiter Emil Neßling, geb. am 24. Februar 1889 zu Solingen, Buch-Nr. 47705, wegen Nichtzulassung.

Auf Rechnung der Gewerkschaft in Saarbrücken:

Der Arbeiter Franz Blechmidt, geb. am 21. Juli 1880 zu Saarbrücken, Buch-Nr. 1.511.500, wegen Beurteilung und Verhandlung.

Auf Rechnung der Verwaltungsstelle in Witten-Berger:

Der Arbeiter Josef Weiß, geb. am 20. Dezember 1884 zu Witten-Berger, Buch-Nr. 2.220.522, wegen Beurteilung und Verhandlung.

Der Arbeiter Herbert Ludwig, geb. am 2. August 1889 zu Witten-Berger, Buch-Nr. 2.220.155, wegen Beurteilung und Verhandlung.

* * *

Wie für den Verband bestehende Kaufverträge zwischen dem Verband des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stadtgasse 16, zu erledigen. Kaufverträge erledigt sind: 1. 1913; 2. 1913; 3. 1913; 4. 1913; 5. 1913; 6. 1913; 7. 1913; 8. 1913; 9. 1913; 10. 1913; 11. 1913; 12. 1913; 13. 1913; 14. 1913; 15. 1913; 16. 1913; 17. 1913; 18. 1913; 19. 1913; 20. 1913; 21. 1913; 22. 1913; 23. 1913; 24. 1913; 25. 1913; 26. 1913; 27. 1913; 28. 1913; 29. 1913; 30. 1913; 31. 1913; 32. 1913; 33. 1913; 34. 1913; 35. 1913; 36. 1913; 37. 1913; 38. 1913; 39. 1913; 40. 1913; 41. 1913; 42. 1913; 43. 1913; 44. 1913; 45. 1913; 46. 1913; 47. 1913; 48. 1913; 49. 1913; 50. 1913; 51. 1913; 52. 1913; 53. 1913; 54. 1913; 55. 1913; 56. 1913; 57. 1913; 58. 1913; 59. 1913; 60. 1913; 61. 1913; 62. 1913; 63. 1913; 64. 1913; 65. 1913; 66. 1913; 67. 1913; 68. 1913; 69. 1913; 70. 1913; 71. 1913; 72. 1913; 73. 1913; 74. 1913; 75. 1913; 76. 1913; 77. 1913; 78. 1913; 79. 1913; 80. 1913; 81. 1913; 82. 1913; 83. 1913; 84. 1913; 85. 1913; 86. 1913; 87. 1913; 88. 1913; 89. 1913; 90. 1913; 91. 1913; 92. 1913; 93. 1913; 94. 1913; 95. 1913; 96. 1913; 97. 1913; 98. 1913; 99. 1913; 100. 1913; 101. 1913; 102. 1913; 103. 1913; 104. 1913; 105. 1913; 106. 1913; 107. 1913; 108. 1913; 109. 1913; 110. 1913; 111. 1913; 112. 1913; 113. 1913; 114. 1913; 115. 1913; 116. 1913; 117. 1913; 118. 1913; 119. 1913; 120. 1913; 121. 1913; 122. 1913; 123. 1913; 124. 1913; 125. 1913; 126. 1913; 127. 1913; 128. 1913; 129. 1913; 130. 1913; 131. 1913; 132. 1913; 133. 1913; 134. 1913; 135. 1913; 136. 1913; 137. 1913; 138. 1913; 139. 1913; 140. 1913; 141. 1913; 142. 1913; 143. 1913; 144. 1913; 145. 1913; 146. 1913; 147. 1913; 148. 1913; 149. 1913; 150. 1913; 151. 1913; 152. 1913; 153. 1913; 154. 1913; 155. 1913; 156. 1913; 157. 1913; 158. 1913; 159. 1913; 160. 1913; 161. 1913; 162. 1913; 163. 1913; 164. 1913; 165. 1913; 166. 1913; 167. 1913; 168. 1913; 169. 1913; 170. 1913; 171. 1913; 172. 1913; 173. 1913; 174. 1913; 175. 1913; 176. 1913; 177. 1913; 178. 1913; 179. 1913; 180. 1913; 181. 1913; 182. 1913; 183. 1913; 184. 1913; 185. 1913; 186. 1913; 187. 1913; 188. 1913; 189. 1913; 190. 1913; 191. 1913; 192. 1913; 193. 1913; 194. 1913; 195. 1913; 196. 1913; 197. 1913; 198. 1913; 199. 1913; 200. 1913; 201. 1913; 202. 1913; 203. 1913; 204. 1913; 205. 1913; 206. 1913; 207. 1913; 208. 1913; 209. 1913; 210. 1913; 211. 1913; 212. 1913; 213. 1913; 214. 1913; 215. 1913; 21

hört. Über etwas kann Wolf doch: Er sieht in die Zukunft. Er kennt die Maßnahmen der Unternehmer, bevor sie getroffen sind. Folgender Vorfall mag das lehren. Ende des Jahres 1913 erklärt er anderen Gewerkschaftsführern: „Auf dem Gasper Werk wird am 2. Januar 1914 morgens beim Beginn der Arbeitszeit am schwierigen Brett ein Anschlag hängen, der einen allgemeinen Abzug von 10 Prozent für das ganze Werk ansagt.“ Darauf anschließend bemerkte er, er habe bereits für die nächsten Tage Versammlungen mit seinen Leuten, um zu dem Abzug Stellung zu nehmen. Die Versammlungen fanden auch vor dem 1. Januar statt. Über am 2. Januar gab es keinen Anschlag und auch keinen Abzug, obwohl die Kirche ihre Leute so schön darauf vorbereitet hatten. Dass man durch ein derartiges Vorgehen die Männer direkt herausfordert, doch Abzüge vorzunehmen, scheint Wolf nicht einzusehen. Wie uns gesagt wird, soll Wolf seit dem Tage nur noch von Abzügen auf dem Gasper Werk träumen. Hörsentlich greift „unsern Gustav“ die Sache nicht zu sehr an. Es wäre für den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu schade, wenn wir ihn verloren. Lang lebe Herr Gustav Wolf in Hagen-Schwelm!

Kuckenwalde. Unter welch eigenartigen Umständen heute noch Kämpfe geführt werden müssen, lehrt folgendes. Die Firma A. G. Voigt hatten seit längerer Zeit über ungewöhnlich lange Ausdehnung der Arbeitszeit an den Gießtagen, wofür eine besondere Bezahlung gewährt wird, zu klagen. Alle Vorstellungen nutzten nichts. Die Formier verweigerten darauf die Ueberarbeit. Dafür wurden sie am Tage vor Weihnachten, gleichsam zur "Verstärkung" des "Friede auf Erden und den Menschen ein Wohl gefassten" ausgesperrt. Nach 12äigiger Aussperrung bequemlich die Firma endlich dazu, eine ausreichende Bürgschaft zu geben, daß die Arbeitszeit an den Gießtagen nicht über Feierabend ausgedehnt wird. Die Formier nahmen darauf die Arbeit wieder auf.

Gravure und Biseleure.

Frankfurt a. M.: Spandlingen. Allegen der bei der Firma The Anglo American Tooth Mfg. Comp. (Fabrikation künstlicher Zähne) in Spandlingen beschäftigten Kollegen veranlassen uns, die auswärtigen Kollegen über die Zustände in dem Betriebe aufzuklären, um sie vor Enttäuschungen zu bewahren. Anfang vorigen Jahres bestand noch die 10stündige Arbeitszeit, die Löhne waren sehr verbessерungsbedürftig. Die Kollegen verlangten die 8stündige Arbeitszeit und Lohnerhöhung. Die Antwort der Firma war: Maßregelung ein es Kollegen. Nun mehr wandte sich die Organisation mit den Forderungen an die Firma, die dann die 8stündige Arbeitszeit, Prozenten für Überstunden und eine Lohnaufbesserung bewilligte; auch versprach sie, guten Arbeitern einen Anfangslohn von 35 M. die Woche zu zahlen. Dieses Versprechen hat sie jedoch bis heute noch nicht gehalten, der Anfangslohn beträgt 55 M. die Stunde, der Gesamtdurchschnittsverdienst betrug im Monat Dezember vorigen Jahres bei 20 Graveuren 60 M. die Stunde. Verlangt nun ein Kollege Lohnzulage, werden ihm sofort die kleinsten Arbeitsfehler vorgehalten, Höchstleistungen einzelner Arbeiter angeführt u. s. w., damit es ihm vergeht, je eine Zulage zu verlangen. Die Folge solcher Zustände ist natürlich ständiger Arbeiterwechsel. Von den 20 Graveuren waren im Dezember vorigen Jahres nur zwei über ein Jahr dort beschäftigt. Ob das zum Nutzen der Firma ist, möchten wir bezweifeln. Die Arbeit wird sehr genau verlangt, jedoch nicht die nötige Zeit dazu gelassen. Die Kunst, Leute zu schikanieren, ist besonders bei dem Werkführer größer als seine Geduldskunst. Um nun ein geregeltes Verhältnis für die Kollegen zu erzielen, reichten wir im November vorigen Jahres eine Tarifvorlage ein, die jedoch die Firma mit dem Hinweis ablehnte, daß sie nach Leistungen bezahle und jedem Arbeiter genügend Gelegenheit geboten ist, Wunschäußerungen vorzubringen; der Werkührer mit Mittelpersonen sei deshalb nicht angebracht. Wir sind überzeugt, daß die Zeit kommt, wo auch die Zahnsfabrik die Organisation als Vertreterin der Arbeiter bei Lohnfragen anerkennen wird. Da die Kollegen sehr oft hören müssen: „Weins nicht paßt, kann gehen, wir können genug Graveure bekommen“ - so ersuchen wir die auswärtigen Graveure, auf die vielversprechenden Anzeigen der Firma nicht einzugehen.

Metallarbeiter.

Breslau. Zum Streik in den Linke-Hofmann-Werken. Der Streik nimmt täglich an Ausdehnung zu. Am 27. Januar abends besanden sich bereits 405 Kollegen im Kampf. Alle Versuche um Butüdnahme der gemachten Abzüge blieben erfolglos, und täglich werden noch Abzüge an allen Arbeitspreisen und in allen Betriebsabteilungen gemacht. Es vergeht daher fast kein Tag, an dem nicht eine neue Abteilung zur Arbeitsniederlegung schreiten muß. Seit zirka 1½ Jahren ist ein neuer Direktor tätig (Dr. Eichberg), dem die Arbeiter diese Behandlung zu verdanken haben. Auch die Beamten und Werkmeister werden zum Dank für ihre aufopfernde Tätigkeit wie Dienst behandelt. Alles hütet und hüdt sich, nur der Arbeiter erhebt den Kopf und wehrt sich gegen solche Willkür. Im Streik stehen bereits sämtliche Forger und Kettmacher, Stemmer, Kupferschmiede, Tiefenbauer, mehrere Abteilungen der Schlosser und Dreher, sowie Maschinenarbeiter, Schrauben- und Revolverdrehler. In einigen Tagen dürfte sich die Zahl der Streikenden verdoppeln haben. Der Direktor bemüht sich eifrig, Streikbrecher heranzuziehen, es ist auch bereits ein Trupp von 18 Mann angelangt. Frage aber: niemand, wie diese Leute aussehen. Davon sollen 11 Stemmer und 7 Kettmacher sein, doch bis zu dem Tage, an dem sie ihr Streikbrecherhandwerk erkannt haben, haben sie von solcher Arbeit noch nichts gesehen. Sie sollen daher auch wieder abgeschoben werden, weil "wütigere" unterwegs seien. In allen größeren deutschen Zeitungen, auch im Auslande, sucht die Firma Streikbrecher; "Bediensteter" werden besonders berücksichtigt. Da der Direktor an den Abzügen rücksichtslos festhält, der Generaldirektor Geheimrat Martin in dem neuengett auch machlos gegenübersteht, dürfte der Streik in den nächsten Tagen bereits Lautende umfassen. Dazu wird die bereits angedrohte Aussperrung kommen, so daß in kürzer Zeit mehr als 5000 Metallarbeiter auf der Straße steigen werden. Das ist das Los des Arbeiters: Er hat billig zu arbeiten, und wenn es nicht tut, wird er mit der Hungerpeitsche gestrafft. Wir ersuchen ringend, jeden Zugang fernzuhalten und alle Metallarbeiter auf diesen Kampf aufmerksam zu machen. Auch ersuchen wir, die in den bürgerlichen Blättern erscheinenden Anzeigen zu widerlegen.

Duisburg. Am 25. Januar hält unsere Verwaltungsstelle ihre Jahresgeneralversammlung ab. Zunächst teilte der Bevollmächtigte des Kollegs Kremer mit, daß der Reichslügnerverband, der sich fortwährend gegen das achte Gebot versündigt, auch am heutigen Ort in verschuldeten Betrieben eine Süddeutschzeit verbreiten ließ: „Der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Jahre 1912.“ Auf den Inhalt des Nachweises einzugehen, lohne sich an dieser Stelle nicht. Jedoch werde der Verband die Antwort nicht schuldig bleiben. (Der Vorstand hat dagegen ein Flugblatt herausgegeben. Red.) Weiter machte der Vorsitzende bekannt, daß im „christlichen“ Verbandsorgan Horner und Gielesfeld gefeuert wurden. Da dies unserer Ortsverwaltung auffiel, wandte sie sich an die Ortsverwaltung in Bielefeld um Auskunft; sie erhielt folgende Antwort: „In den Betrieben in Bielefeld ist der Beschäftigungsgrad nicht derart, daß Formar von auswärts herangeholt werden müssen. Es kann sich hier nur entweder um die Firma Reinschagen & Vogt handeln, eine Firma, in der nicht gerade die besten Zustände herrschen, und wo wir ständig Differenzen haben, oder aber um die Firma Töepe (Brockwede). In diesem Betrieb hatten wir kürzlich einen Streit, um Abzüge abzuwehren und den Kollegen eine bessere Behandlung zu sichern. Gleich nach Beerdigung der Bewegung hat sowohl der Unternehmer als den „christlichen“ Metallarbeiterverband gewandt und Ueberweisung von Arbeitskräften, die ihm auch bereitwilligst übermittelt wurden. Nur vorzeitigwerden unserseits entliefte der Unternehmer natürlich: Er sollte unsere Leute nicht aus dem Betrieb herausdrängen, er wollte nur etwas mehr Uneinigkeit unter den Deutschen schaffen. Des weiteren erklärte er, wenn von unseren Leuten jemand

die Christen überrebe, zu uns überzuleiten, so würde er sofort entlassen. Das gleiche widerfahre dem Christen, der zu uns übertritt. Es sei also wieder einmal Tatsache, daß die „christliche“ Verbandsleitung ihre Mitglieder zu einer recht unsauberen Rolle bewegen wolle. Darüber müßten die christlich organisierten Formen aufgellärt werden. — Kollege Kremers gab dann einen Überblick über die Entwicklung und Tätigkeit in unserer Verwaltungsstelle. Die Mitgliederzahl stieg von 1185 am Schlusse 1912 auf 1422 Ende 1913. Das ist eine Zunahme von 237. Die Zahl der Aufnahmen ist gestiegen von 719 1912 auf 760 1913. Übertritte aus anderen Organisationen halten wir 67. Auch an Erfolgen ist unsere Verwaltungsstelle nicht arm gewesen. Mehrere Tarifbewegungen, über die im einzelnen schon an dieser Stelle berichtet wurde, haben wir zur vollen Zustiehbarkeit der beteiligten Kollegen durchgeführt, so daß jetzt 183 unserer Kollegen unter tariflichen Bedingungen arbeiten. An allen diesen Bewegungen waren gegnerische Organisationen nur mit einer geringen Zahl beteiligt. Kremers schloß seinen Bericht: Diese Erfolge müssen uns zu neuer Arbeit anspornen. Unsere Kraft muß eingefestigt werden, um auch im laufenden Jahre dieselbe Mitgliederzunahme zu etablieren. Den Raiffeisenbericht gab Kollege Höchler. Die Einnahmen der Hauptkasse stiegen von 39 038 M. im Jahre 1912 auf 44 098,53 M. im Jahre 1913. Die Einnahmen der Lokalkasse beliefen sich 1912 auf 12 415,09 M., 1913 auf 13 981,17 M. Die Gesamteinnahmen stiegen von 51 453,09 M. auf 58 074,70 M. Das ist ein Mehr von 6621,61 M. Der Lokalkassenbestand wuchs von 5447,57 M. auf 6711,80 M. Beitragssmarzen wurden 1912 umgesetzt 55 625, 1913 62 676. An die Hauptkasse wurden 18 200 M. geändert. Der Jahresbericht rief eine lebhafte, sachliche Diskussion hervor, bei der sich sämtliche Redner mit Bestiedigung über unsere Fortschritte aussprachen und gelobten, auch im laufenden Jahre mit Hand ans Werk zu legen, um die Bewegung auch hier im Rechte der Schwerisenindustrie voranzubringen.

Ilmenau. Im hiesigen Elektrizitätswerk werden zurzeit viele Entlassungen vorgenommen, und zwar wegen Arbeitsmangel. Das ist bei dem Werk keine Seltenheit, sind doch im vorigen Sommer zweimal Entlassungen mit den gleichen Gründen vorgenommen worden. Daß jetzt wenig Arbeit vorhanden ist, geben wir ohne weiteres zu; wir sind aber der Ansicht, daß dem „Arbeitsmangel“ vorgebeugt werden könnte, wenn nicht, falls Arbeit vorhanden, gleich zu viel Arbeitskräfte eingestellt würden. Auch könnte es den Leuten bei ihrem Eintritt gesagt werden, daß sie nur solange beschäftigt werden, bis die Arbeit erschöpft ist. Man sagt ihnen jedoch gerade das Gegenteil, oft wird den Leuten von der Betriebsleitung dauernde Arbeit zugesichert. In einzelnen Fällen sind schon Arbeiter, die nach Neuntägtnahme der Zustände im Werk sich anderwo Arbeit gesucht hatten, mit der Bemerkung zurückgehalten worden, es wäre genug Arbeit vorhanden, sie sollten nur dableiben. Nach kurzer Zeit wurden sie dann mit entlassen. Ein solches Schicksal wird von den Arbeitern schwer empfunden, denn es ist heutzutage keine Kleinigkeit, nach zweit- bis dreimonatiger Beschäftigung, und noch dazu im Winter, wieder auf das Straßenspazier zu werden. Aber was kümmern sich darum die Unternehmer? Für sie ist die Sache, daß ihr Vorteil gewahrt bleibt. Hoffentlich tragen diese Zellen dazu bei, daß im hiesigen Werk bald Abhilfe geschaffen wird. Auswärtige Kollegen können sich nun vor Schaden bewahren. Den Kollegen am Ort rufen wir aber zu, schließe euch dem Verband an, denn nur durch eine straffe Organisation können bessere Verhältnisse geschaffen werden. Bei dieser Gelegenheit wollen wir gleich die Behandlung der Arbeiter durch den Maschinenmeister Büttner unter die Lupe nehmen. Diese Behandlung läßt schon bei gutem Geschäftsgang sehr viel zu wünschen übrig, bei slauer Zeit stellert sich die „Liebenwürdigkeit“ bedeutend. Beschwerden bei dem

Zütterbog-Ludentwalde. Dass einem bisch hingrigen Unternehmern nie billig genug gearbeitet werden kann, das wenn es eine so stellaufrichtende Arbeiterschaft hat, zeigt wieder einmal das Verhalten der Zütterboger Schrauben - und Ruttelnfabrik. In diesem Betrieb ist der höchste Lohn für Werkzeugmacher 50,- R. Die Löhne der Schraubendreher sind $42\frac{1}{2}$ R. das herab zu 23 R. die Stunde. Die Frauen verdienen 7 bis 9,- R. die Woche. Diese Verhältnisse sind nun der Betriebsleitung noch zu hoch. Obwohl bei den heutigen teuren Lebensmittelpreisen eher eine Aufdrosselung der Löhne würdig wäre, mutet man den Arbeitern Abzüge bis zu 3,- R. die Woche zu. Dass unter solchen Umständen selbst die gebuldigste Arbeiterschaft widersteht, ist verständlich. Einmütig lehnte sie das Anstreben der Firma ab. Darauf erfolgte die Auspeitierung sämtlicher Beschäftigten, obwohl die meisten von ihnen schon viele Jahre dem Betrieb für wenig Geld gedient hatten. Die Firma sucht nun mit allen Mitteln Erfolgskäufe herbeizuholen. Der Betriebsleiter bemüht sich sogar persönlich nach außenorts, um Werkzeugmacher und Automateninrichter zu bekommen. In Finsterwalde und Berlin haben ihm unsere Freunde gehilfreich gedient, vielleicht bewusst oder dadurch eine andere Meinung von einer zeitgemäßen Bezahlung. Die Kusgesperrten siehen einmütig zusammen und sind gewillt, nicht eher in den Betrieb zurückzukehren, bis die Abzüge gutüdigenommen sind. Zweckdienliche Mitteilungen bitten wir an die Verwaltungsstelle Ludentwalde gelangen zu lassen.

Mainz. Wie gelbe Gründungen dargestellt werden und wie sie in Wahrheit aussehen. Wenn wir ein Funke von Wahrheitsliebe in der Brust schlummert, den muß man mit Esel erfüllen, wenn er das Verfahren professionsmäßiger Betriebszettelkämmer zu setzen Gelegenheit hat. Rüge in der öscherlichsten und verschmitztesten Anwendung ist das Mittel, dessen die von Unternehmerngräden ausgeholsten gelben Wertvereinszylinder bedienen. Ein Grad von Verworenheit, Unmoral und Niederträchtigkeit, der durch nichts mehr zu übertreffen ist, gehört dazu, solche gelbe Apostel zu ihrer Tätigkeit zu beschägen. Wir hatten in jüngster Zeit mehrfach Gelegenheit, deren Treiben näher kennen zu lernen. Auch die Gas-messer-fabrik in Mainz diente als Schauplatz, auf der ein Stück gelber Schmeiß über die Bühne ging. Doch ehe wir auf die Besprechung dieses Vorganges näher eingehen, sei eine Frage gestellt: Waren die Arbeiter der Gasmeisterfabrik nicht immer sc'de, ruhige und willige Arbeiter? Hatte sich der Chef der Firma schon jemals zu beschlagen über Taten seiner Arbeiter, die als ungehörtig oder böswillig hätten ausgelegt werden können? Hoffentlich wird die Durchführung von Regelungen, die die Arbeiter der Fabrik mit Unterstützung ihrer Organisation vorgenommen haben, nicht als Grund dafür hingestellt, daß die Firma die Schmach der gelben Wertvereinszylinder auf sich genommen hat. Die Firma

beren angeworbenen Werkzeugen heißt es jetzt nach Leblus: „Wer am besten zählt, der hat uns!“ Aus dem Bericht erfuhrte ich auch, wieviel „Arbeiter“ in der Versammlung anwesend waren. Rätsch am nächsten Tage gingen dieselben, acht an der Zahl, in Form einer Kommission zur Firma, „um dieser von der Gründungsmitteilung zu machen.“ Es war das natürlich nur Komödie. „Die Firma beglückwünschte die Arbeiter zu ihren Bestrebungen und teilte diesen mit, daß, wenn sich der Verein so betätige, wie es das Berliner Werkvereinsprogramm vorschreibt, die Firma alle Ursache hätte, diese Bestrebungen in jeder Weise zu unterstützen und den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen.“ Wer die acht „Arbeiter“ in der „Gründungsversammlung“ waren, ist den übrigen 600 Arbeitern der Fabrik sehr wohl bekannt. Auch Berliner und Vorarbeiter lassen sich gern einmal als Arbeiter bezeichnen, wenn es gilt, eine Komödie aufzuführen, durch die abnungslosen Arbeitern der Fabrik durch Vorspiegelungen dessen angelegt und der Bratloch höher gehängt werden kann. Höchstensfalls können der gelb gezirpten „Acht“ zwei Arbeiter angehört haben. Die ganze kleine „Nummer“ wird bei den Arbeitern wohl kaum jemals als vertrauenswürdig besunden werden. Die auserwählten acht gehen natürlich nun im Betrieb aufs Werken aus. Weil aber im Betrieb ein strenges Regiment besteht wird, halten die „Mutigen“ der gelben „Acht“ Versammlungen unter der Arbeitszeit auf dem Speicher der Fabrik ab. Man hat es vorerst auf die Polizeiheit abgesehen. Hoffentlich ist bei diesen soviel Bürgerstandskraft vorhanden, daß auch den einflussreichsten „Sühsoldatspieler“ ein deuflisches und entschiedenes Nein entgegenstellt.

Wittenberge (Bezirk Potsdam). Die am 13. Januar abgehaltene Mitgliederversammlung ehrt zunächst das Andenken des verstorbenen Kollegen Salomon in üblicher Weise und nahm dann den Bericht über die beiden letzten Kartellsitzungen entgegen. Hierauf gab der Geschäftsführer Faulhaber den Jahresbericht vom 4. Quartal. Die Hauptkasse hatte mit dem Bestand von 793,42 M. vom 3. Quartal eine Einnahme von 10 119,42 M. Die Ausgabe betrug 9637,17 M., so daß ein Bestand von 542,25 M. verblieb. Die Mitgliederbewegung gestaltete sich im 4. Quartal wie folgt: Bestand am Schluß des 3. Quartals 603, Zugang 91, darunter 71 männliche, 14 weibliche und 6 jugendliche. Der Abgang betrug 69, darunter 60 männliche, 1 weibliche und 8 jugendliche. Am Schluß des 4. Quartals waren 625 Mitglieder vorhanden, darunter 550 männliche, 61 weibliche und 14 jugendliche. Dabon befinden sich 75 Mitglieder in den Außenbezirken Domitz, Perleberg, Prignitz und Seehausen. Die Geschäftslage ließ im 4. Quartal viel zu wünschen übrig, was auch daraus hervorgeht, daß der Reinigungswinn an Mitgliedern in diesem Quartal nur 22 betrage, während im 3. Quartal eine Einnahme von 61 gebucht werden konnte. Die Betriebsleistung sei eine gute zu nennen, denn sie betrage im 4. Quartal auf ein Mitglied reichlich 13. Die Lopalkasse hatte mit dem Bestand von 4312,07 M. am Schluß des 3. Quartals eine Einnahme von 6672,32 M. Die Ausgabe betrug 1713,25 M., so daß ein Kostenbestand von 4959,07 M. verblieb. Hierauf erstattete Kaufius den Geschäftsbericht über das letzte Halbjahr. Redner bemerkte einleitend, daß die Ortsverwaltung beschlossen habe, in diesem Jahre einen gedruckten Bericht nicht herauszugeben, da die Geschäftsstelle erst seit Juli bestehé. Der Bericht könnte sich deshalb mit Ausnahme des Kostenberichtes auch nur auf sechs Monate erstrecken. Während dieser Zeit sei noch Ansicht der Ortsverwaltung alles geschehen, nicht nur um Fortschritte zu erzielen, sondern auch hinsichtlich der Schulung und Durchbildung der Mitglieder. Auch häufig sollen wie bisher in den Mitgliederversammlungen Vorträge gehalten werden, soweit es in Rücksicht auf den vorhandenen Beratungssstoff möglich ist. Im letzten Halbjahr geschah dies in drei Versammlungen; in zwei Versammlungen wurden Berichte von Generalversammlungen gegeben. Bei der Wahl zum außerordentlichen Verbondstag in Berlin habe die Verwaltungsstelle sogar einen Delegierten durchgebacht. Es sei zu wünschen, daß bei künftigen Wahlen eine ebenso rege Beteiligung erfolge. Außer den Mitgliederversammlungen seien einige Vertreternärrkonferenzen und eine Anglo-amerikanische Versammlung abgehalten worden. Die Werktatversammlungen hielten nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt. Zum Teil seien sie schlecht besucht gewesen, was sich daraus erkläre, daß ein bedeutender Prozentsatz der im Singerbetriebe beschäftigten Arbeiter auswärts wohne. Persönliche Streitigkeiten kamen weniger vor. Die Agitation sei im genannten Betrieb außerordentlich schwierig zu betreiben. Einerseits wegen der großen Zahl Arbeiter aus den verschiedenartigsten Berufen, und dann wegen der großen Zahl von Organisationen, die für diesen Betrieb nicht zuständig seien. Die Organisationen, die als zuständige in Betracht kämen, hätten schwer unter der Konkurrenz der nichtzuständigen zu

amten, hörten jedoch keine der Revolutionen der Nachzulungen zu eilen. Hauptfächlich glaubte der Fabrikarbeiterverband dort im trüben fischen zu können. Die Werber genannter Organisation hätten es fertig gebracht, den Nichtorganisierten und auch den Organisierten, die sich wenig oder gar nicht um ihr Statut kümmern, vorzureden, daß der Fabrikarbeiterverband bei 50 % Wochentilgung die selben Unterstützungen gäbe wie der Deutsche Metallarbeiter-Verband bei 80 %. Um dieser Vorstellung entgegentreten zu können, seien unsere Kollegen mit entsprechendem Material ausgestattet worden. Um die Agitation entsprechlicher zu gestalten, habe ich, Redner, im Kartell beantragt, daß jede Organisation die Namen ihrer im genannten Betriebe beschäftigten Personen abteilungswise aufzuführen und dem Kartell einreichen solle. Obwohl dieser Beschluß gegen nur einige Stimmen Abstimmung gefunden habe, sei es trotzdem vom Fabrikarbeiterverband bis heute nicht in den Sinn gekommen, ein Folge zu lassen. Ein von anderer Seite gestellter Antrag, daß die einzelnen Organisationen nur solche Delegierte ins Kartell entsenden sollen, die in Betrieben beschäftigt sind, für die ihre Organisation zuständig ist, sondern ebenfalls mit großer Mehrheit Annahme, wurde jedoch wieder nicht genügend beachtet, so daß es zu schweren Auseinandersetzungen im Kartell kam. Die Ortsverwaltung sei der Meinung, daß gegen solche Personen, die fortgesetzt und absichtlich die Beschlüsse der Gewerkschaftskonferenz und sonstiger maßgeblicher Instanzen mit Füßen treten, Nachgiebigkeit nicht am Platze sei. Es bleibt daher bemüht werden, daß einige kleinere Organisationen sich frig bemühten, es dem Fabrikarbeiterverband gleich zu tun. Charakteristisch für die eigenartigen Verhältnisse am Orte sei der Umstand, daß die Agitation vorwiegend vom Standpunkt der Unterstützungsrichtungen betrachtet betrieben werden müsse. Redner teilt noch mit, daß auch in den Außenbezirken eine Anzahl Versammlungen stattgefunden habe. Für die in den Kleinbetrieben beschäftigten Klempner konnte infolfern etwas getan werden, als der vor einigen Jahren abgeschlossene Tarifvertrag wieder voll zur Geltung gebracht und den Klempnern, die Installationsarbeiten verrichten, der Stundenlohn geaholt wird wie den selbständigen Installateuren. Erwähnenswert sei noch, daß laut Statistik über 50 Prozent der Mitglieder im Jahre 1912 und 1913 der Organisation beigetreten seien. Die Zahl der Mitglieder habe am Jahresende 1912 genau 500 betragen, sie sei auf 542 bis zur Anstellung des Geschäftsführers gestiegen, von wo an bis Jahresende wieder um 83. Der Fortschritt im zweiten Halbjahr sei um so höher einzuschätzen, da am 1. Juli der Extra-Vertrag von 5 auf 10 % die Woche erhöht wurde. Infolge der schlechten Geschäftslage, die im 1. Quartal dieses Jahres eingefallen sei, sei es fraglich, ob in den nächsten Monaten an einem Mitgliederzuwachs gedacht werden könne, da die Mitglieder, die länger nicht auszusezten gewünschen seien, gewöhnlich abreisen. Zum Jahresbericht übergegangen, bemerkte Redner, daß Einnahmen und Ausgaben sich mit 24 648,43 M. ausgleichen. 8000 M. konnten der Hauptkasse zugewählt werden. Für Reiseunterstützung seien 1787,75 M. für Krankenunterstützung 2479,55 M., für Arbeitslosenunterstützung 99 M. ausgezahlt worden. Die Zulassungen habe im Berichtsjahr die Erhöhung um 1713,04 M. erfahren. Der Zugang an Mitgliedern trug im Jahre 1913 zusammen 454, darunter 287 Einträge und 166 Übertritte. Von den Übergetretenen waren 33 aus freien Organisationen 2 aus ausländischen Vereinen und 2 aus gemischten Organisationen. Der Abgang betrug 329, davon durch Worte 226 abgeschrieben und gestorben sind 83. In andere Verbände übergetreten sind 5 Mitglieder. Die reine Zunahme beträgt demnach 125 von 89 männliche, 26 weibliche und 10 jugendliche. — In der

Kapital. Es beschäftigten sich mehrere Redner mit der im Kartell eingeschlagenen Tatsache. Die Mehrzahl betonte, daß die seit Jahren geführte Nachdringlichkeit an den ungünstigen Verhältnissen schuld sei. Dann wurde konfrontiert, daß am 3. Februar ein Leichtbahnvertrag im Kultusministerium (Magdeburg) über "Eine Ferienreise deutscher Arbeiter nach das Adriatische Meer" spricht. Am 16. März spricht Kollege Lauterbach (Stuttgart) in der Landesversammlung über "Die deutsche Eisen- und Stahlindustrie, ihre Entwicklung und ihre Arbeit". Beschllossen wurde noch, daß der Eintrittspreis zu dem am 7. März stattfindenden Stiftungsfest für männliche Personen 50 und für weibliche 30,- beträgt. — Zum Schluß entnahm sich eine recht lebhafte Aussprache über die überaus traurigen Vorommunisten der Wahl des Vorstandes zur Allgemeinen Ortskonferenz. Die Redner betonten, es sei überaus traurig gewesen, daß eine kleine Gruppe Eigenbrüder bei der Wahl des Auschusses eine zweite Liste (sogenannte Meistertitel) aufgestellt und eingetragen hätten, auf die dann auch so viele Stimmen entfielen, daß sie von den 60 Vertretern 5 erhielten. Geradezu eine Schande für die Arbeiterschaft von Wittenberge sei es jedoch, daß bei der Vorstandswahl von diesen 5 Auswählten noch 10 Männer für die Sonderliste gestimmt hätten, so daß diese Abzweigung zwei Vertreter erhielt, die nun zusammen mit den Untergeschreiteten die Rechtheit im Vorstand vertreten würden.

Böhreleger.

Berlin. In Nr. 20 der Metallarbeiter-Zeitung vom vorigen Jahr ist in dem Bericht über die Tarifbewegung der Berliner Böhreleger auch bemerkt, daß sich die Berliner Mitgliedschaft des Wienerischen Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wegen Differenzen von dieser Organisation trennte und einen eigenen lokalen Verein bildete. Unter diesen Verhältnissen wurde die Tarifbewegung ungünstig beeinflußt. Ihr Ergebnis wäre aber jedenfalls noch ungünstiger gewesen, wenn Wiesenthal dabei nicht ausgeschaltet gewesen wäre. Bei den Mitgliedern des kleinen Vereins der Böhreleger brach aber allmählich die Erkenntnis durch, daß nur die Herbeiführung einer einheitlichen Organisation im Verein im Berliner Böhrelegerbezirk zu der dringend notwendigen Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen führen könne. Deshalb wurde in der am 11. Januar 1911 abgehaltenen Generalversammlung dieses Vereins von 87 Mitgliedern ein Antrag eingereicht, in dem für den Übergang zum Deutschen Metallarbeiter-Verband unter ehrenden Bedingungen aufgefordert wurde. Dieser Antrag wurde zwar abgelehnt, jedoch ein Antrag des Vorstandes angenommen, ihn zu beantragen, mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband in Verhandlung zu treten, um zu hören, wie weit dieser entgegenkommen wolle. Eine nach dem Statut einzuhaltende Generalversammlung habe dann zu entscheiden. — Die Verhandlungen mit dem Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes ergeben folgende **V o t s c h e i d u m U e b e r t r i t t :**

1. Der Vorsitz des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verein Berlin und Umgegend, zum Deutschen Metallarbeiter-Verband erfolgt mit Alters und Posten. Zur Erzung der Alters und Posten behält sich der Deutsche Metallarbeiter-Verband die Einführung und Prüfung der Güter und Abrechnungen der übergetretenen Organisation vor.

2. Die übertrietenen Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verein Berlin und Umgegend, sind von der Verpflichtung, Eintrittsgeld zu bezahlen, entbunden. Die Mitgliedschaft im Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verband wird den übertrietenen Mitgliedern desselben, die der I. (höheren) Beitragsklasse angehören, voll angerechnet, während die Mitglieder der II. (niedrigeren) Beitragsklasse die Rechte gemäßi wieder, die einer Vereinssugehörigkeit, die sie aus der Umordnung ihrer Beiträge aus der höheren Beitragsklasse ergibt, entziehen. Die Zeit eintwiger füchterer Zugehörigkeit zum Deutschen Metallarbeiter-Verband wird nur in dem Falle voll angesetzt, wo sich die Mitgliedschaft im Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verband nicht in die niedere Mitgliedschaft im Deutschen Metallarbeiter-Verband aufzulöst. Die übertrietenen, nach dem Stand des Deutschen Metallarbeiter-Verbands bezugsgerechtigten Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verbandes treten zwar zugleich in den Genossen der im Deutschen Metallarbeiter-Verband gegründeten Unternehmensgründungen. Gleichzeitig im Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verband bezeugte Unternehmungen werden in die auszuhaltenden Mitgliedschaften eingetragen und die fortlaufende des Unternehmungsbeginns gemäß den statutarischen Regelungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes eingetragen.

3. Der Tag des Übergangs wird zwischen beiden Organisationen durchzusetzen und nach der Übereinstimmung innerhalb eines Monats nach diesem Tag vollzogen sein. Die Beitragsverpflichtung im Deutschen Metallarbeiter-Verband beginnt mit dem Tage des Übergangs, der auch in das Mitteljahr eingezogen ist. Die Mitgliedschaft des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verbandes werden eingezogen und gelten als Ausweis für den in den Deutschen Metallarbeiter-Verband vollzogenen Übergang. 4. Die Mitglieder Buderup, Danenberg, Jürgenland, Klein und Groß bei der vormaligen Hauptversammlung des Berliner Böhreleger und Hefter, die im Jahre 1910 aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband infolge der damaligen Differenzen ausgezöglicht waren, sind in den Deutschen Metallarbeiter-Verband übernommen, wobei ihnen die im Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verband vom Tage seiner Gründung an zugehörige Mitgliedschaft an oder umgerechnet wird. 5. Endgültiges Übereinkommen ist eine Zusammensetzung des Berliner Böhreleger und Hefter des Deutschen Metallarbeiter-Verbands einzurichten, in der eine Konsolidation der Alten und Neuen Organisation dieser Bereiche vorausgegangen wird. Desgleichen wird die Zusammensetzung der Unternehmensgründungen in einem einzigen Unternehmen erzielen. 6. Die beiden im Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verband, Berlin Berlin und Umgegend, frischgegründeten Betriebe werden bei dem Übergang des genannten Berufes zum Deutschen Metallarbeiter-Verband nicht übernommen. — Sie am Sonntag der 20. Januar abgehaltene Generalversammlung des Berufes nahm die Übereinstimmung mit 67 gegen 50 Stimmen an. Dadurch sind die beiden Betriebe sofortig genehmigte Differenzen im Bereich Böhrelegerwerke endlich beseitigt. — Die Oberen beruhigen gelegentlich dieser Versammlung die Sicherstellung für ihren Verband zu rütteln. Vor dem Eintritt zum Saal bestellten sie einen anderen Platz mit einem Suhl, wie ihn nur Deutzen von jenseits kennen, die mit der Wiederholung der gewünschten Rede rechnen. Da kein Platz durch den großen Saal beim Jagdschloss in Röhrsdorf — in derartigen Kapazität, wie der Sachverständige Dr. Schäffer — so in die Höhe klappte, daß man die in Röhrsdorf verstreuten Schäfte der Sieger und der "Königlich" Böhre in übrigen Raum genügend Platz zu schaffen schien, rückte bekannter Beträger J. Ritter.

Schmiede.

Wittenberge. Die Südböhmische Metallfabrik will zur aller Rücksicht eine Übernahme ihrer Arbeiter mit technischen Geheimnissen aufzunehmen. Die Arbeiterkollektive sind gestillt, sich ganz einfach bezogen zur Reaktion auf jenen. Ein schriftlicher Faßt der Arbeiterschaft kommt Arbeit, die der Vorstand nicht entsprechend oder gleich Qualität herabsetzt und nur in 100 Kilogramm 4,4 aufzubringen vermag. Das ist eine Bezeichnung, die in jüngerer Zeit in jüngerer Weise nicht angetroffen worden ist, in Wittenberge. Das kann den Vorstand, daß die Bevölkerung (Schmiede) die Arbeitserziehung erwartet, werden, daß die Bevölkerung dieser Erziehung nicht unterlegen. Soziale Arbeit ist eben alles, was der Unternehmer kennt. Die Arbeiterschaft der Fabrik sollte ihre Verhältnisse in Kreise von den Dingen herstellen und Arbeitsergebnisse der Südböhmischen Metallfabrik abgrenzen.

Rundschau.

Reichstag.

Die Debatte über Sohnen und die am Sohnen erzielbaren Ergebnisse der Haushaltsgesetzgebung zwischen dem Reichstag und dem Reichsrat hat

zwischenzu einem vorläufigen Abschluß gekommen — aber fragt nur nicht viel. Nach einem ländlichen Rückzugsgesetz der meisten bürgerlichen Parteien ist es bei der Beschlusstafel über Anträge aus dem Reichstag zu einer Art von Konkurrenz gekommen, weil die Vertreter der Regierung in törichter Selbstüberhebung scheinbar gar unvorsichtig ihre Mischnutzung des Parlaments zur Schau trugen. Man hat von diesem Konkurrenz einiges Wesen gemacht; für uns hat es aber keinen Zweck, uns irgendwelchen Blasphemien hinzugeben und der Gestaltung der Wahrheit auszuweichen: Die Militärgewalt hat auf der ganzen Linie über das Jäbli gesiegelt, wobei festzuhalten ist, daß das Jäbli, soweit darunter die Regierung und große Teile des Bürgertums zu verstehen sind, diesen militärischen Sieg in einer unbeschreiblichen Bildernärrlichkeit der Gesinnung jubelnd selbst gewünscht hat. Was die militärischen Beschäftigten vom Schlag der Reiter, Drilling und Falshahn noch zu tun übrig gelassen hatten, das besorgen jetzt täglich die Kriegsgerichte im Lande, die mit einer bemerkenswerten Geschwindigkeitlichkeit bei Konflikten von Militärpersonen mit Bürgern aus der Tiefe ihrer Rechtsüberzeugung herauszurufen noch 10 Mann für die Sonderlist gestimmt hätten, so daß diese Rüfung zwei Drittel erhielt, die nun zusammen mit den Untergeschreiteten die Rechtheit im Vorstand vertreten würden. Nicht nur aus Straßburg liegen solche Urteile vor, sondern fast gleichzeitig auch aus Potsdam, aus Regensburg und aus anderer Orten. Aber anstatt daß sich Bürgerstolz und Bürgertrotz gegen solche Urteile und die ihnen vorangegangenen Erzeuge militärischer Personen tägig zur Wehr seien, bleibt diese Gesellschaft mit rühmlicher Ausnahme einiger weniger Männer und kleiner Parteigruppen vor den Söderströmern und ihren Helfern ins Maulloch.

Die Realität ist jürgen von einer Annahme, die deshalb besonders schwer erträglich wird, weil auch nicht ein einziger Stiel unter unseren Freunden ist, vor dem wir bei aller Gegnerschaft wenigstens Respekt haben müßten. Wenn die preußischen Justiz von heute leben und brillen, schon zum Heilste ein Dutzend Demokraten und Süddeutsche mit Pfleider und Salz verzehren, so erregt das nicht etwa Durst und Schaden, sondern angesichts der Eigenschaften dieser Söderström, Oldenburg, Kracht, Brochem höchstens Ekel und Verachtung. Und die Nationalsozialisten, die sich von einer erfreulich strammen Haltung im Anfang der Jäbrihafta dorthin abdrängen ließen, daß ihnen die edlen Preußen zuwandten, sie könnten das Militär doch noch einmal sehr schön zum Schutz ihrer Geldschranken brauchen und würden dann auch nicht böse darüber sein, wenn es dabei mit Schüssen und Vorschriften nicht gar zu genau genommen würde — diese Nationalsozialisten sind wahrscheinlich auch keine Gegner, wie sie sich komplikationsweise Männer nennen. Söderström, das Zentrum: In seiner Hand ruhen die Gewichte des Parlaments. Viele sind erfreut davon, die Rechte der Volksvertretung nicht nur zu bewahren, sondern zu mehren, dann könnte es im Verein mit der Sozialdemokratie alle dazu nötigen Beihilfen durchdrücken. Aber es treibt seine widersprüchsvolle Politik. Heute zeigt es der Regierung gründlich, wo Partei den Stiel holt, führt so tückig los, daß unter den baldweinigen Herrschaften auf der Bundesrepublik Bremen und Böhmenleppern herum; morgen aber läßt es wieder friedliche Schalmeien erzielen und verkündet mit der weißen Miete geheimnisvoller Wichtigkeit, man dürfe dieser Regierung nicht gar zu sehr zuhören und sie nicht ins Kippen bringen, weil man ja nicht wissen könne, was danach kommt. Kurzum, es ist wirklich ein Elend mit diesen deutschen Bürgern.

Nun kann eigentlich in keiner einzigen Frage bei ihm auf jene zwecklose Sicherheit rechnen, die Bismarck bei einem seiner typischen Reden, dem roten Regenzer und späteren Blauen Blaum so vermittelte. Ohne es auf eine Übertreibung ankommen zu lassen, können wir doch sagen: ob es sich um Leistungsfreiheit oder um das Verfassungsschutzrecht, um den Kampf gegen den Überstiegenden Militarisimus oder um die Werte des Territorialstaates handelt, ob um den Schutz der Selbstverwaltung oder um die Aufrechterhaltung nationalsozialistischer Verfassungsbestimmungen — nirgends hat man mehr festen Boden unter den Füßen, weil es immer einzelne Gruppen im Bürgertum gibt, die zu Oftem bereit sind, um ihren Gedanken zu retten. Das sind die Einheits-Ländermänner, jene Männer deren, die aus letzter Bedenken zusammengezogen zu sein scheinen.

Seien nun diese Dinge außer Acht gelassen, und wir sind die Frage vorliegt, woan wir dem eigentlich treiben, dann muß man erkennen, daß wir in der Tat vor sehr ernsten Zeiten stehen. Zeiten, die die Arbeiterschaft nur steigern überwinden kann, wenn sie selbst sich frei von Geschwindigkeitslumperei hält und mit ehriger Entschlossenheit auf die Verwirklichung ihrer Ideale hinarbeitet. Wir sind heute noch eine Kinderheit, eine Stufe wohl, aber doch eine Kinderheit. Unsere Gegner haben in den letzten Jahren in der örtlichen Organisationsarbeit ganz erstaunlich rasche Fortschritte gemacht, haben dies von uns gelernt. Sozialist hat sich das Fels, auf dem eine politische Partei mögliches Früchte einzaubern konnte, ohne daß sie gefaßt hätte, stark verengt. Auf solches Weißtuch kann auch die politische Vertretung der Arbeiterschaft heutigen Tages nicht mehr bauen. Sie muß vielmehr eine zielgerichtete Verarbeitung einzuführen, die sich von aller festen Arbeitserfahrung frei hält und dafür das Große und Bleibende der Bewegung ihres Arbeitsauftrittes versteht.

Schöre Beziehungen sind jetzt deshalb nicht überflüssig und unerlässlich, weil es durchaus nicht ausgeschlossen ist, daß im Anfang an der Stütze der örtlichen Regierung auch große Veränderungen in der Reichsregierung vor sich gehen werden, die eine Lösung des Reichstages zur Folge haben können. Vielleicht als die ersten abnehmen, können wir vor neuen Wahlen sehen, die uns nicht ungerüstet führen dürfen. Zug jeder an seinem beideren Platz in der Vorbereitung darauf schon beizeiten seinen kleinen Teil wieder.

Gewerkschaftliches.

Generalversammlung der Vertreter der Betriebsräte. Vom 12. bis zum 14. Januar fand eine Konferenz der Vertreter der Betriebsräte im Berliner Gewerkschaftsamt statt. In erster Stunde über die Regelung der Unterstüzung außerordentlicher Lohn- und Abwehrkämpfe im Wege des Wissensberichts beraten und der Generalkommission die weitere Ausarbeitung eines Reglements übertragen.

Sofern wurde nun eingehender Debatte beschlossen, den jetzt vom Berliner Gewerkschaftsamt 1895 befreiteten Gewerkschaften zu bestätigen und die Betriebsräte konzentriert. Eine Regelung des vom Stuttgarter Kongress 1912 beschlossenen Reglements der Gewerkschaften kann übernommen werden. Der bestehende Kongress in München ist darüber Bescheid gegeben.

Die gewerkschaftlichen Unternehmenskurse. Bereits 1906 fanden 3 bis 4 Abreisen wurden, sollen, nochmals zu viele gewerkschaftliche Güter zuvertraut haben, daß den künftigen Gewerkschaften damit gerecht ist, wenn sie einnehmen, daß jedem nur noch ein solcher Kursus stattfinde, dessen Teilnehmerzahl so nicht übersteigen darf. Es sind seit 1906 39 abgerückte Lehranstalten für 1274 Teilnehmer abgetreten, umgerechnet die Sonderkurse für Sekretärer teilte.

Die Internationale Ausstellung für Gewerkschaften. Am 22. Februar 1914 wird die Internationale Ausstellung der Gewerkschaften durch eine Sonderausstellung ihrer Gewerkschaften und technischen Hochblätter eröffnet. Die Ausstellung der Gewerkschaften (Sekretärer u. s. w.) wurde den einzelnen

eine Ausstellung von Präparaten, Stoffen und Verbindungen sowie Darstellungen, die auf die Entwicklung, Verhüllung, künftige Behandlung und Haltung von Gewerkschaften einen Bezug haben, verbunden wird. Auf Einladung der Kongressleitung wird den Gewerkschaften nahegelegt, den letzteren ihre für Ausstellungszwecke geeigneten Materialien zur Verfügung zu stellen und sich auf dem Kongress, sowie dort ihr Verhältnis erheblich vertreten zu lassen. Alle Reisen für den Kongress sind vorher schriftlich einzuhalten.

Eine bedeutungsvolle Neuerung besteht die Konferenz für eine Reihe seit längerer Zeit vorliegender Gegenstände ist, die endgültige Entscheidung durch Beschluss mit bindender Wirkung durch Schiedsgerichte herbeigeführt werden soll. Zu jedem dieser Schiedsgerichte wählen die beteiligten Verbände je 3 unparteiische Schiedsgerichte, die sich in weiteren Abstimmungen auswählen als Obmann wählen. Die beteiligten Verbände haben vor Einschaltung des Schiedsgerichts zu erklären, ob sie sich dem Schiedsgericht fügen wollen.

Unter den sonst noch erledigten Fragen ist bemerkenswert, daß den Verbandsvorständen nahegelegt wurde, dahin zu wirken, daß alle Gewerkschaftsangehörigen gemäß dem Vereinbarungsbefehl der Partei- und Gewerkschaftsinstitutionen den auf den 1. Mai jedes Jahres entfallenden Gehaltsanteil an den Matzfee von 90 % ihres Bruttos aufzuführen.

Genossenschaften für Ledige.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Speckhous- und Ledigenheim-Genossenschaften mit beschränkter Haftung bestehen außer in Hamm auch in Celle und Lübeck. In Hamm ist in der Nr. 4 der Metallarbeiter-Zeitung, Seite 30, auch in Berlin (Geschäftsstellen Schuhhardt, Charlottenburg, Goetheplatz 1 III), Gewerkschaftssekretär Albert Baumeyer im Internationalen Sekretariat der Gewerkschaften Berlin SD. 16, Engelstraße 15 IV, Gertrud Anna, Sekretärin im Gewerkschaftssekretariat, Berlin SD. 16, Engelstraße 15 IV, Mühlstraße 10, am Holzmarkt. Die Genossenschaften in München und Jena haben bereits Betriebe eröffnet. Der mit zunächst 6 bis 8 Ledigenwohnungen verbundene Speicherausbau der Münchener Genossenschaft befindet sich Prannerstraße 9, am Holzmarkt. Die Genossenschaft hat 65 Mitglieder, über 45 Mittags- und über 30 Abendgäste. Im ersten Jahre ihres Geschäftsbetriebes hat die Genossenschaft zwölf mit einem Verlust von 161,58,- abgeschlossen, was aber in erster Linie auf die ersten Eintrittskosten zurückzuführen ist. Günstiger ist das Geschäftsergebnis von Jena. Dort zählt die Genossenschaft 152 Mitglieder, 60 Mittags- und etwa 25 Abendgäste. Das Speckhous befindet sich Lüderstraße 4, am Holzmarkt. Die Genossenschaft besteht in den sieben Monaten ihres Geschäftsbetriebes einen Verlust von 500,- der ausreichenden Abschreibungen. Sie arbeitet bereits seit Ende Juni 1913 schlafenfrei und hat beim Konsumverein Jena, der mit 6 Geschäftsstellen Mitglied der Genossenschaft ist, ein Sparbuch von 215,-. Alle Waren werden, soweit irgend möglich, durch den Konsumverein Jena bezogen. Am 1. April 1914 beschließt die Genossenschaft, in größere Räume überzusiedeln und dem Speicherausbau ein Ledigenheim anzugliedern. Im Geschäftsbetrieb dieser Genossenschaft wird lediglich bedauert, daß nicht schon in mehreren Geschäften bestehen, weil durch Wegzug viele Genossen der Bewegung verloren gehen. Sich verheiratende Genossen sind verpflichtet, Mitglied der Konsumgenossenschaft zu werden. Auch die Groß-Berliner Genossenschaft, die bisher noch keinen Betrieb eröffnen konnte, ist Mitglied der Berliner Konsumgenossenschaft und legt bei dieser ihre verfügbaren Gelder an. Sie hat jetzt erst 63 Mitglieder, hofft aber durch eine planmäßige Verarbeitung auf einen baldigen erheblichen Mitgliederzuwachs und dadurch auf die Möglichkeit des Übergangs zu praktischer Tätigkeit.

Die bisherigen Erfahrungen mit der neuen Genossenschaften bedeuten beweisen, daß sie sich in Kleinst- oder Mittelstädten viel leichter durchsetzen als in Großstädten.

Die Genossenschaften in Berlin, München und Jena stehen miteinander in Verbindung. Ihre Zentrale befindet sich in Berlin-Liebig, Krete Schule 45.

Alles in allem kann gesagt werden, daß der Gedanke der Ledigen-Genossenschaften kräftig im Vormarsch begriffen ist. Es wird allerdings noch viele Arbeit bedürfen, um auch bei den überbevölkerten Arbeitern und Arbeitern ein regeres Interesse für ihre Genossenschaft zu wecken.

Sozialdemokratische Mithilfsarbeit in den Krankenhäusern.

Sehr Vorsichtshalber — Mitglieder im Vorstand der Dresdener Ortskonferenz haben ein Rundschreiben verschickt, wonach sie für die Wiederwahl des bisherigen Kassenvorstandes für das Rößeldorf eintreten. Sie sagen darin unter anderem:

Wenn auch die Unterzeichneter zu dem jetzigen Kassenvorstand in politischer Hinsicht in vollem Gegensatz stehen, so müssen sie doch anerkennen, daß er in der Erfahrungswelt nicht durch die Arbeitgeber unter seinem Einfluß nicht durch die Versicherten majorisiert wurde, doch ihnen vielmehr eine der Arbeitgeberseite würdigste Stellung im Vorstand eingeräumt wurde. Es liegt deshalb kein Grund vor, den bisherigen Rößdorfer Vorständen, der 19 Jahre lang sein Amt mit Erfolg bekleidet, fallen zu lassen und damit unerträgliche Verhältnisse in die Kasse zu bringen. Es ist sowohl ein Gebot der wirtschaftlichen Klugheit wie eine Forderung des öffentlichen Interesses, daß die Ortskonferenz, die über 20 000 Arbeitnehmer und etwa 160 000 Versicherte umfaßt, unbedingt von politischen Zeiten weiter verwalten werde.

Nach der neuen Reichsverwaltungsschaltung muß sowohl die Mehrzahl der Unternehmervertreter wie die der Arbeitervertreter für denselben Gewerberat um den Vorstand stimmen, wenn er als gewählt gelten soll. Daher das Rundschreiben dieser Unternehmer. Diese gehen von rein sozialen Erwägungen aus und berücksichtigen sich, die von den Sozialmachern berichtete Verbleibung der Arbeiterversicherung weitestgehend für ihre Krankenkasse unwissentlich machen. Ob die "christliche" und die gleiche Presse wohl auch von dieser "sozialdemokratischen Mithilfsarbeit" etwas berichten wird?

Der Arbeiterschutz in der Kriminalstatistik.

a. Die Unternehmer sehen den Arbeiterschutzbestimmungen zähne Böhrung entgegen. Die Zahl der Verurteilungen wegen Vergehen gegen Arbeiterschutzbestimmungen steht ansteigend. Das beweist die Kriminalstatistik, über die in den Berichtsberichten der Statistik des Deutschen Reichs soeben die vorläufigen Mittelstellungen für das Jahr 1912 erörtert sind, schlagend.

Beginnen wir mit der Sonntagskarte, für die augenblicklich ein ganz unzureichender Regierungsentwurf eine Kommission des Reichstags beschäftigt. Richtig weniger als 13 553 Verurteilungen wegen Vergehen gegen die Bestimmungen über die Sonntagskarte sprechen die deutschen Gerichte im Jahre 1912 aus. Verglichen mit dem Jahre 1907, das 8835 Verurteilungen sah, beträgt die

nicht abstritten; nicht weniger als 4632 Personen wurden im Jahre 1912 wegen Verstößen gegen das Kinderschutzgesetz verurteilt.

So hoch die Zahlen der Verurteilten sind, so sind sie doch im Vergleich zu der Zahl der wirklichen Verletzungen der Arbeiterschutzbestimmungen gering. Es gibt wohl keine Art kraftricher Handlungen, von denen nur ein so kleiner Teil zur gerichtlichen Verurteilung führt, wie bei den Verstößen gegen die Gesetze zum Schutz der Arbeiter. Und die Bestrafungen bringen nur wenig Besserung. Solange die Gerichte beispielweise wegen verbotswidriger Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen Geldstrafen aussprechen, die in etwa niedriger sind als der aus der Uebererziehung gezeugte Gewinn — und das ist bei den meisten Strafen der Fall — solange kann diese Art der Bestrafung nicht als Kampfmittel gegen die Gesetzesverächter wirken. Arbeitsergebnis und Arbeitserleben werden im Deutschen Reich nicht hoch bewertet und daher wenig geschützt. Wer die Gesundheit vieler Arbeiter durch Verletzungen der Schutzvorschriften schwer schädigt, wird mit Geldstrafe belegt, die seiner Ehre keinen Abbruch tut; wer sich aber nur im geringsten am heiligen Eigentum versündigt, der wandert als Spitzbube ins Gefängnis und jeder, der zur "guten Gesellschaft" gehört, behauptet sich vor ihm, nicht weil er gesucht hat, sondern weil er bestraft ist. Diese verschlechte Bewertung und das unterschiedliche Maß des Strafchutzes für Gesundheit und Leben auf der einen Seite und für das Eigentum auf der anderen sind kennzeichnende Merkmale unserer Gesellschaftsordnung, der die Universalität des Eigentums höher steht als das Menschenleben.

Schiffbau der Welt im Jahre 1913.

Nach Lloyd's Register of Shipping ließen 1913 in der ganzen Welt 4 009 791 Bruttoregistertons Schiffe vom Stapel gehen 3 436 398 Tons im Jahre 1912 und 3 419 009 im Jahre 1911. Dabon kamen auf Handelschiffe über hundert Tons 3 332 882 und auf Kriegsschiffe 676 609. Ferner kamen auf Großfrachtern 1 932 153 (1912 1 738 514; 1911 1 803 844), Deutschland 165 226 (375 317; 255 532), Vereinigte Staaten 276 448 (284 223; 171 569), Frankreich 176 095 (110 784; 125 472), Niederlande 104 296 (93 439; 93 050). Dabei ist noch besonders hervorzuheben, daß die Vereinigten Staaten im Jahre 1907 schon 474 675 Tons hatten. Seitdem trat ein Rückgang ein, der sich bis jetzt noch nicht überwinden ließ. Kriegsschiffe (für eigene und für fremde Rechnung) wurden gebaut in Großbritannien 187 566 Tons (163 087; 221 430), Deutschland 148 100 (99 810; 128 840), Vereinigte Staaten 10 752 (62 673; 57 526), Frankreich 75 401 (55 965; 53 995), Italien 52 628 (14 939; 75 018), Japan 55 490 (56 085; 37 071).

Eine „beleidigte“ Streikbrechervermittler.

Der in Nr. 4 (Seite 30) in seiner ganzen Schönheit abgemalte „Monteur“ und „Agent“ Paul Kelling hatte einen Schlosser B. wegen angeblicher Beleidigung verklagt. Die Anklage beruhte auf folgendem Tatbestande: Im April vorigen Jahres streikten die Metallarbeiter einer Fabrik in Kassel-Niederrheine und Kelling erschien mit seinem „Arbeitswilligen“. Der Schlosser B., der eines Tages mit Kelling und einigen seiner Freunde auf der Straße zusammentraf, machte seinem Ingram über den Streik an der Sache der Arbeiter in schärfster Weise Luft. Er soll gerufen haben: „Ihr Streikbrecher, ihr Lumpen, euch müßte man die Kugel herausreissen!“ Kelling lief zum Staatsanwalt und B. erhielt von Schöffengericht zu Kassel wegen öffentlicher Beleidigung (§ 185 des Strafgefangnis) in einheitlichem Zusammentreffen mit dem Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung eine Gefängnisstrafe von zehn Tagen. Entgegen den Behauptungen des Angeklagten B. war das Schöffengericht bei Heranziehung des § 153 der Gewerbeordnung von der Voraussetzung ausgegangen:

„Die beleidigenden Äußerungen waren von der Abfurt gezogen, die Angehörigen zum Anschluß an den Streik zu bewegen. Der Angeklagte habe den Monteur Kelling durch Schändigung zu bestimmen versucht, an Verabredungen und Vereinigungen von Fabrikarbeitern zum Behuf der Erhöhung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen mittels Einstellung der Arbeit teilzunehmen.“

Kollege B. legte gegen dieses Urteil Berufung ein und erzielte, daß die Kasseler Strafammer ihm nur wegen Vergehens gegen § 185 des Strafgesetzbuchs verurteilte. So erhielt er statt der zehn Tage Gefängnis nur 75. M. Geldstrafe. Gegen die Heranziehung des § 153 der Gewerbeordnung im ersteninstanzlichen Urteil machte B. geltend, er habe den Kelling nicht zum Anschluß an den Streik bestimmt, sondern lediglich sein Mißfallen über das Verhalten des Kellings an ausdrücken wollen, der von Berlin zugereist sei, um sich als Streikbrecher beschäftigen zu lassen und die Bestrebungen der einheimischen Arbeiter zu hindern, wie Kelling dies überhaupt gewollt hätte. Die Kasseler Strafammer als vorherrnend an und kam infolgedessen zu der beachtenswerten Entscheidung:

„Es steht fest, daß Kelling getäuscht wurde, daß des Streikes

als Arbeitseidiger aus Berlin gekommen ist, und es mußte ein Versuch, ihn zum Anschluß an die Streikenden zu bestimmen,

von vorhernein als aussichtslos erscheinen.“

Bei dieser Sachlage hält das Gericht nicht für erwiesen, daß der Angeklagte durch die von ihm begangenen Schändigungen den Monteur Kelling zu bestimmen versucht hat, den Verabredungen der Fabrikarbeiter zum Behuf der Erhöhung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen mittels Einstellung der Arbeit teilzunehmen. Der Angeklagte kann somit wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung nicht bestraft werden.“

Nach unserer Meinung ist die Verurteilung zu 75. M. Geldstrafe immer noch hart genug, denn man muß doch fragen, ob ein Mensch, der bis auf dem Kerbholz hat, wie dieser Kelling, noch durch die Äußerungen des Angeklagten beleidigt werden könnte. Inmerhin steht dieses Urteil aber vorteilhaft ab gegen die vielen unerhörten Strafen, die wegen „Beleidigung“ von Streikbrechern verhängt werden.

Noch mehr Streikbrecherschutz nötig?

Eine ganz neue Auslegung über den Begriff „Röttigung“ hat jetzt das Breslauer Oberlandesgericht gefunden. Bei einem Streik in der Wollweber-Schiffswerft in Breslau traf der Dreher Tschernow den Arbeitswilligen Mahler und juckte ihm mit folgenden Worten sein arbeiterfeindliches Verhalten herzumachen: „Du brauchst doch nicht den Streikbrecher zu machen. Ich würde dich sonst aus der Arbeit und aus Pilsnit (seinem Nachbarort) herausbringen.“ Mahler stellte Strafantrag mit dem Erfolg, daß dieser vom Schöffengericht zu 30. M. Geldstrafe wegen Beleidigung verurteilt wurde. Nach Ansicht des Staatsanwaltes hätte Tschernow aber nicht wegen Beleidigung, sondern aus § 153 der Gewerbeordnung verurteilt werden müssen, der nun Gefangenstrafen bis zu drei Monaten zuläßt. Er legte Berufung vor der Strafammer ein und erreichte auch, daß Tschernow zu zwei Monaten Gefängnis wegen Beleidigung verurteilt wurde. Tschernow legte der Berufungs-Kammer beim Oberlandesgericht ein mit der Begründung, daß bisher alle Gerichte in ständiger Rechtsprechung aller deutschen Gerichte und des Reichsgerichts in dem Worte Streikbrecher nur eine Beleidigung, nicht aber eine Bedrohung oder gar eine Röttigung erhoben hätten. Die Kammer hielt das unmöglich und dies wie folgt begründet: Im allgemeinen könne wohl in der Bezeichnung „Streikbrecher“ eine Beleidigung gefunden werden. Es handele sich hier aber um eine Drohung im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung. Es genüge auch vollständig, wenn die Drohung überhaupt gefallen sei und wenn der Bedrohte sich nur bedroht gefühlt habe könnte.

Selbst die rechtliberale Breslauer Zeitung schreibt zu diesem Urteil:

„Wo zwei Monate Gefängnis wegen solcher Appelle möglicherweise noch mit unserer Rechtsprechung zusammenstehen sollten, hätten, ein Arbeiter, der die ehemalige Majestät des preußischen Kaisers Wilhelm I. groß beleidigt hat. Seine Wirkung ieder Arbeitsswilligen ebenso hoch, wo nicht höher bewertet,

wur weil er seinen Kameraden im Kampfe vor günstigere Wohn- und Arbeitsbedingungen in den Rücken gesetzt hat, und den man dieserhalb mit der landläufigen, durchaus zu treffenden Bezeichnung anspricht, die der deutsche Sprachgebrauch nun einmal geprägt hat.“

Wenn Christliche nicht Streikbrecher werden wollen.

Am 16. Januar standen etwa 20 Arbeiter, die im Metallwerksbetrieb beschäftigt waren, vor dem Landgericht Wuppertal wegen Streikvergehens. Sie waren christlich organisiert und hatten an den Unternehmern Vorbedingungen eingereicht. Als diese schroff abgelehnt wurden, traten die Arbeiter in den Streik. Die Firma versuchte, den Betrieb mit Arbeitswilligen weiterzuführen. Dies und ferner die Annahme, daß die Gewerkschaft sich auf die Seite des Unternehmers stelle, erzeugte bei den Streikenden Erregung. Als am 4. Dezember die Häuslersöhne Scheiner und Mandl aus Schönbrunn sich auf Arbeitssuche zum Metallwerk begeben wollten, wurden sie vom Streikposten Spindler unter Drohungen zurückgehalten. Am nächsten Tage versuchten abermals mehrere Arbeiter, in die Fabrik zu gehen. Der Streikposten Eberl konnte sie nicht zurückhalten, weshalb er den in einem Geschäftshaus befindlichen Kollegen durch Peitschen zu erkennen gab, daß etwas los sei. Nun kamen circa 45 Streikende aus dem Volk und die Arbeitsuchenden wurden verprügelt. Der Arbeiter Weber schob sogar auf die Fleischenden, ohne jedoch zu treffen. Die bürgerliche Breite schrie darauf, die Väter würden sich wegen Betriebseinschlags zu verantworten haben. Völlig schlumm wurde es jedoch nicht, denn die Anklage lautete nur auf „Verbrechen“. Immerhin erhielten Spindler 6 Wochen Gefängnis, Hödl und Weber je 4 Wochen, Eberl 3 Wochen Gefängnis, weiter 8 Monat je 10 Tage, zuletzt je 11 Tage; die übrigen wurden freigesprochen.

Es war natürlich eine Dummkopf, daß die Streikenden sich an den Arbeitswilligen vergingen. Immerhin sollten die „christlichen“ Gewerkschafter, die im Verein mit den Scharmachern nach „mehr Schutz für Arbeitswillige“ schreiten, diesen Fall genauer ansehen.

Vom Ausland.

Schweiz.

Speisegenossenschaften für ledige Arbeiter und Arbeiterinnen.

Aus Hamburg kommt die frohe Kunde, daß die dortige organisierte Arbeiterschaft die Errichtung einer Speisegenossenschaft für ledige Arbeiter und Arbeiterinnen beschlossen hat. „Die Genossenschaft will nach Schweizer Muster jungen ledigen Genossen und Genossinnen ein Heim schaffen, in dem für billiges Geld ein gutes Mittag- und Abendessen zu haben ist. Gleichzeitig sollen Versammlungen, Bibliothek- und Leseräume zur Verfügung gestellt werden.“

Das Vorgehen der Hamburger Arbeiterschaft ist auf das fröhlichste zu begrüßen und die Parteipresse führt denn auch der Melbung die Bemerkung bei, daß das Hamburger Beispiel auch anberwärts zur Nachsetzung führen sollte. Das ist in der Tat wünschenswert, denn es hört da ein weites Gebiet der Bearbeitung und eine große und donkere Ausgabe der Erfüllung. Es gilt die Organisation der Konkurrenz der Lebendigen und die wertvolle Ergänzung der Konsumgenossenschaften der Vertriebenen, der Haushaltungen, durch die Speisegenossenschaften der Ledigen. Es handelt sich dabei aber noch um andere Dinge. Heute erhalten Millionen lediger Arbeiter ihre alltägliche Versorgung in Wirtschaften und privaten Kostgebäuden — abgesehen von den vielen Fällen, wo Arbeiter und Arbeiterinnen die Kost noch beim Arbeitgeber erhalten —, wo sie gar oft für minderwertige Kost einen teuren Preis bezahlen und von ihrem schwer verdienten Lohn einen verhältnismäßig erheblichen Teil beim Arbeitgeber als besonderen Gewinn zu ziehen müssen. Sind die kostspieligen bürgerlichen gesunde Herzen, so suchen sie in ihrem Sinne die kostgänger auch politisch zu beeinflussen und so mit ihnen außer den materiellen auch noch politische Geschäfte zu machen. Sicher ist manche bürgerliche Stimme bei Wahlen auf diese Quelle zurückzuführen. Die Arbeiterstimmen gehörten uns, sie gehen uns nun auf diese Weise verloren.

Kommt in Wirtschaften der mit dem Essen verbundene Altbolzonsum als ein Nachteil für die Arbeiter in Betracht, so bieten oder unterfützen auch bürgerliche alkoholfreie Vollhäuser und Kostgebäuden kleinen bestechenden Etat für eigene Speisegenossenschaften der ledigen Arbeiter. Abgesehen von den etwähnten politischen Bedenken und von der häufig unbefriedigten Menge und Güte der Kost, worüber oft Klagen erhoben werden, werden auch dort die Arbeiter von anderen bürgerlichen Leuten „bewirtschaftet“, statt daß sie selbst organisieren und verwalten.

Auf jeden Fall stehen wir auch den alkoholfreien bürgerlichen Wirtschaften und Kostgebäuden die ebenaus alkoholfreien Speisegenossenschaften der Arbeiter vor. Diese, zuerst von Wilhelm Wetting gegründet, bestehen in der Schweiz nun schon seit vielen Jahrzehnten und stehen in Verbindung mit den Arbeiterverbänden vereinten. Es gibt heute solche Speisegenossenschaften in Zürich, Winterthur, St. Gallen, Basel, Genf usw. und es spricht gewiß für ihre unerträgliche Erfüllbarkeit sonst für ihre Vorzüge und die Vorteile, die sie den Arbeitern bieten, daß sie sich allen Stilmitteln und Mitteln zum Trotz von der Welle der schwäbischen Arbeiterschaften und der wirtschaftlichen Krise ausgesetzt haben. Sie leisten eine wichtige Arbeit des Menschenbildes, die sie zur Aktion drängen.“

Aus diesen Zeilen Klingt ein anderer Ton, als wir ihn aus sozialistischen Kreisen gewöhnt sind. Die Werbearbeit für den Generalstreik, dieses Werkzeug der syndikalistischen Theorie, wird in ihren Folgen ein Hindernis der gewerkschaftlichen Wirklichkeit genannt. Da wird wohl noch und noch die ganze Theorie zum Teufel gehen.

Wahrlich sind die Verhältnisse auch in den übrigen schweizerischen Speisegenossenschaften der organisierten Arbeiterschaft. Eine internationale proletarische Gesellschaft findet sich da jeden Tag dreimal zusammen und die Überwindung des Chaubinsams und der Sieg des Gedankens der Volksveredelung in der Praxis des Lebens vollziehen sich sozusagen von selbst. Ein lebhafter und anregender gegenseitiger Meinungsaustausch wird hier gepflogen, in dem der Gedanke des blutigen Volkskrieges, der gegenwärtigen Verkrüpplung keinen Raum findet, wohl aber alle unsere kulturellen und idealen Besitzungen eine mächtige Förderung erfahren.

Die Speisegenossenschaften der ledigen Arbeiter sind daher wichtige Stützpunkte der Arbeiterbewegung und sie können mit Fortschreiten der Vermehrung und Erhaltung schwäbischer Bedeutung gewinnen. Darauf sollte ihre Gründung von Gewerkschaftsräten und Komitees vereinigt erfolgen und gefördert werden.

Frankreich.

wd. Der französische Metallarbeiter-Verband hat vor kurzem ein Buch herausgegeben, das auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Verbesserungen in Frankreich eine glückliche Bewertung darstellt. Das Buch ist betitelt: „La Métallurgie“ und bietet mit Seiten 224 Seiten einen Einblick in die französische Metallindustrie und ihre Produktionsformen. Ein Drittel der Seitenzahl ist der Eisen- und Stahlindustrie gewidmet, ein zweites Drittel ist mit Angaben über die bestehenden Firmen der Metallindustrie ausgefüllt, und der übrige Teil behandelt Automobilfabriken, Schiffsverluste, Elektrotechnische Fabriken, die Automobilindustrie und die Unternehmen der Metallindustrie. Außerdem sind Angaben über die Löhne in der Großeisenindustrie, über die Arbeitszeit, die Ausländerfrage enthalten, die für die Arbeit unseres Brüderorganisationen verbotenes Material bieten. Dieses Buch, aus der Feder unseres Kollegen Marchein, ist hauptsächlich für die tätigen Kameraden des französischen Metallarbeiter-Verbandes geschrieben. Es soll ihnen einen Überblick über die Metallindustrie ihres Landes vermittelnd und wirtschaftliche Beweismittel für die Werbearbeit liefern. Im allgemeinen stellt sich das Buch als eine sehr lebhafte Arbeit des Verfassers dar und uns steht nur, eine Ausleitung zu leisten. Ist der Darstellung der verschiedenen Produktionsweise fehlen leider leider gewisse Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die den Wert des Buches noch bedeutend erhöht hätten. Aber diese aufzunehmen ist ja leider noch so schwer in Frankreich, um nicht zu sagen unmöglich unter den gegenwärtigen Verhältnissen.

Die Diskussionen über die Frage des Schlafzimmers dauern fort. Nach und nach verdichten sich die Gedanken zu ganz ähnlichen Schlüssen für die zukünftige Art der Werbearbeit. Die folgenden Zellen sind aus dem Letzteren der Januarnummer des Organs der Metallarbeiter und haben den Kameraden Venot, einen sehr einflussreichen Syndikat, zu ihrem Verfasser. Er untersucht die Ursachen der gewerkschaftlichen Fluktuation und die Schwierigkeiten zur Gewinnung neuer Mitglieder und sagt dabei folgendes: „Nicht an die überzeugten und entschlossenen Arbeiter werden wir uns bei unserer Werbearbeit, sondern an die Unentschlossenen und Widerstreitenden. Und deren Schluß steht nicht der Staubbus eines Herren oder die Krone eines Königs. Wenn wir den Gleichgültigen mit einer lächerlichen Werbelei die Gewerkschaftsbewegung als einen Schauplatz von titanicischen Kämpfen, als einen Ort von dauernden Opfern schwäbischer Entsagung darstellen, so heißt das, ihnen die Porten der Organisation verschließen. Wir sind in Frankreich die Opfer einer Methode, die bis zur Prokletarierdramatisierung. Wir behaupten, jemand überzeugen zu können, wenn wir uns unsere Wunder bloßlegen und mit Gewalt ansetzen. Denn schließlich ist es eine einzige Waffe, die wir uns aufsetzen können.“

Die Diskussion über die Formeln geworden, die nur unter Ergänzungsfeld beschränkt. Der Generalstreik erscheint uns als ein Prinzip und nicht als eine Werbeinstrument. Und wir verehren in ähnlicher Weise dieses Prinzip, wie zerstören uns darüber und führen eine schwere Schlacht für seine Reinheit. Die ausländischen Organisations, die dieses Prinzip schon angemessen haben, betrachten es nicht als eine unfehlbare Waffe, als einen Zauberstab oder ein Glaubenssakrament, das jedem Anhänger aufgeworfen wird. Sie leisten ihre Werbearbeit, ohne mit den Waffen der Revolution zu drohen. Es sind die Verhältnisse, die sie zur Aktion drängen.“

Aus diesen Zellen Klingt ein anderer Ton, als wir ihn aus sozialistischen Kreisen gewöhnt sind. Die Werbearbeit für den Generalstreik, dieses Werkzeug der syndikalistischen Theorie, wird in ihren Folgen ein Hindernis der gewerkschaftlichen Wirklichkeit genannt. Da wird wohl noch und noch die ganze Theorie zum Teufel gehen.

England.

W. M. Die Werbearbeit des Petersburger Metallarbeiter-Verbands, dieser größten Gewerkschaftsorganisation Russlands, ist den Lesern der Metallarbeiter-Zeitung zum Teil schon bekannt. Im Frühjahr 1906 wurde der Verband gegründet und drei Monate später zählte er schon 10 000 Mitglieder. Nach der Auflösung der ersten Gewerkschaft im Juli 1908 wurde er mit den übrigen gewerkschaftlichen Organisationen der Reichshauptstadt politisch untergliedert. Acht Monate dauerte die Unterbrechung und dann entstand der Verband in neuer Form. Dem zweiten Verband wurde nach russischem Präzess ein langes Leben beschieden; er existierte 5 Jahre hindurch bis zum März 1912. Dies war um so bemerkenswerter, da die Zeit von 1907 bis 1913 mit dem letzten Rückgang der Gegenrevolution und der wirtschaftlichen Krise zusammenfiel. Ganz spurlos gingen am Verband allerdings die ungünstigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht vorüber; er durfte den größeren Teil seines früheren Besitzes und zählte während dieser Zeit durchschnittlich 4000 Mitglieder. Als nun die Arbeiterschaft sich nach der Erfüllbarkeit der Gegenrevolutionäre wieder zu regen begann, heilten sich die Behörden mit den Verfolgungsmethoden: im März 1912 verlor der Metallarbeiterverband bei Auflösung. Die Käthe ließen sich oder nicht entmutigen. Neben dem großen Metallarbeiterverband existierte in Petersburg schon längere Zeit eine kleine gewerkschaftliche Organisation der Metallarbeiter, die jedoch zu einer Bedeutung nicht gelangen konnte. Als der Metallarbeiterverband untergliedert wurde und die Behörden der Entstehung seines Nachfolgers Schwierigkeiten machten, gaben die führenden Persönlichkeiten der Metallarbeiter ihren Kollegen den Rat, der noch verschont gebliebenen Leuten Metallarbeiterorganisationen zugetragen. Drei Räthen sullen sich sehr schnell, aber ebenso schnell zeigte sich die Polizei. Im Oktober 1913 wurde auch der dritte Metallarbeiterverband aufgelöst. Sechs Monate später, im Mai 1913, gelang es den modernen Petersburger Kollegen, alle behördlichen Schwierigkeiten zu überwinden und den vierten Metallarbeiterverband ins Leben zu rufen.

Dieser besteht nun schon acht Monate und entsendet eine rege gewerkschaftliche Tätigkeit. Die politischen Schikanen aller Art bleiben auch der neuen Organisation nicht entrinnen. So zum Beispiel wurde fürstlich der Gefreide des Verbands, der Kollege Kiffel, verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Auch tut sich die Polizei in der Sadabteilung sehr eifrig hervor. Sie verfolgt mit ihrer Schnüffelei auf Sicht und Takt die Organisationsleitung. Um besser sichtbar zu können, verfügte sie vor einigen Wochen, daß die Fensterrohre im Verbandsbüro weggeschafft werden sollen. Aber trotz aller dieser Hemmnisse und Schwierigkeiten macht die Petersburger Organisation der Metallarbeiter Fortschritte. Der Verband ging mit 2585 Mitgliedern an, vier Monate später zählte er 5600 und am Jahresende schon 9000 Mitglieder. Noch diese fast dreifache Zunahme der 36 000 Metallarbeiter in Petersburg nach gewaltsamen Mitteln erzielten, die jedoch jedoch einen großen Erfolg. Die Gewerkschaften während des ersten Weltkrieges bei Gründung ihrer Organisation (Mai bis Oktober) stellen sich wie folgt: Einwohner 21 800 K., Ausgaben 15 950 K., Kostenfeldzug am 1. November 2000 K., Ausgaben 15 950 K., Kostenfeldzug am 1. November 2000 K., Ausgaben 15 950 K., Kostenfeldzug am 1. November 2000 K., Ausgaben 15 950 K., Kostenfeldzug am 1. November 2000 K., Ausgaben 15 950 K., Kostenfeldzug am 1. November

